ERKLÄRUNG DES ZK DER KPD/ML SEITE 1 und 6

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 16 vom 20. April 1974 8. Jahrgang 50 Pfennig

Bauer - Dein Feind ist der Kapitalismus!

Arbeiter und Bauern- eine Kampffront!

Am 23. April werden Bauern aus ganz Westdeutschland zu einer Protestkundgebung in Dortmund zusammenkommen, um höhere Erzeugerpreise zu fordern. "Für höhere Preise? " fragt vielleicht manche Hausfrau – "Der Liter Milch kostet ja bald schon 1 Mark!"

Während die Preise in den Läden gerade bei Fleisch, Milch, Kartoffeln und Brot unerhört steigen, bekommt der Bauer für seine Produkte immer weniger. Ihr Protest richtet sich gegen die Nahrungsmittelkonzerne, die durch ihr Diktat auf Kosten der Bauern ständig ihre Profite steigern, ihr Protest richtet sich gegen die Regierung, die unaufhörlich den Bankrott hunderttausender Bauern vorantreibt.

Ist die Empörung der Bauern berechtigt? Sie ist es. Während die Erzeugerpreise im Vergleich: zum Vorjahresmonat um 2,2% zurückgegangen sind, verteuerten sich zugleich die Betriebsmittel für die Bauern. Ein Beispiel: Schlachtschweine.

Die Nahrungsmittelindustrie diktiert den Bauern die Preise. Gegenwärtig erhält er 6% weniger pro Kilo als im Vorjahr. Die Kraftfutterindustrie hat aber ihre Preise kräftig angezogen: 18% hat der Bauer für den gleichen Doppelzentner mehr zu bezahlen als im letzten Jahr. Für viele mittlere und Kleinbauern, die sich auf die Schweinemast verlegt haben, ist das der bevorstehende Ruin.

Während der Bauer 6% weniger für das Schweinefleisch erhält, sind die Fleischpreise in den Läden um 12% gestiegen! Wenn da noch einige bürgerliche Zeitungen von der Preistreiberei der Bauern reden, so redet da niemand anders als die Stimme der Monopole selber, die ihre Profite zu vertuschen suchen, die sie durch Ruinierung zigtausender Bauern und durch unverschämteste Preistreiberei in die Höhe jagen.

Und die Erhöhung der Agrarpreise in Brüssel? Schweinepreise sind davon zum Beispiel unberührt. Für die Bauern steigt durch die Brüsseler Beschlüsse der Erzeugerpreisindex gerade eben um 2,6%. Trotz dieser Erhöhung aber wird das reale Einkommen der Bauern 8-10% sinken.

DER BAUERNVERBAND – INTERESSENVERTRETER DER MONOPOLE

An seiner Spitze stehen und standen so offene Vertreter des Großgrundbesitzes und der Nahrungsmittelkonzerne wie Kühlmann-Stumm, Freiherr von Heeremann, Baron von Feury usw. Während die Bauern immer mehr den Kampf aufnehmen gegen die Monopole und ihren Staat, während sie 1971/72 zu Hunderttausenden in erbitterten Kampfaktionen für ihre Interessen auf die Straße gingen, versucht der Bauernverband ständig abzuwiegeln, und den wahren Feind der Bauern zu verschleiern. So weiß der Bauernverband zu der immer tieferen Kluft zwischen Erzeugerpreisen und den Kosten für die Nahrungsmittel zu sagen:: "Dieses Rätsel ist noch immer ungelöst." Für den Bauernverband gibt es keine preisdiktierenden Großkonzerne, sondern "eine Teuerungsrate, die sich im atemberaubenden Tempo davonmacht."

Fortsetzung auf Seite 4



Die chinesischen Bauern haben sich von Ausbeutung und Unterdrückung befreit und bauen an der Seite der Arbeiterklasse den Sozialismus auf.

Erklärung des ZK der KPD/ML

Verteidigt den Marxismus-Leninismus!

Schlagt die Angriffe der GRF - Führer auf die kommunistische Weltbewegung zurück!

Die KPD/ML hat ständig die Versuche der Gruppe Rote Fahne, die Prinzipien des Marxismus-Leninismus zu verwischen und die revolutionäre Bewegung in das Fahrwasser des modernen Revisionismus und Trotzkismus zu zerren, entlarvt und zurückgewiesen. So wie die GRF-Führer ständig die revolutionäre Linie der KPD/ML und ihre korrekte Politik angriffen, so versuchen sie jetzt, ihre Angriffe auf die gesamte kommunistische Weltbewegung und die Führung sozialistischer Länder auszudehnen. Angesichts dieser Situation fordert das ZK der KPD/ML alle Genossen auf, diesen verleumderischen Angriffen der GRF-Führer mit aller Kraft entgegenzutreten.

In welchem Interesse erfolgen die Angriffe auf den Genossen Stalin?

Heute, über 20 Jahre nach Stalins Tod jagt der Name Stalin den Feinden der Arbeiterklasse, den Imperialisten aller Länder, den Verrätern am Kommunismus, den modernen Revisionisten und Trotzkisten immer noch einen Schauer über den Rücken. Warum? Weil Stalins Politik bei ihnen allen nie den geringsten Zweifel darüber aufkommen ließ, daß er die Bourgeoisie mit eiserner Gewalt bekämpfte und konsequent für die Interessen des revolutionären Proletariats vertrat. "Wenn der Feind uns bekämpft, ist das gut und nicht schlecht" – daran muß jeder Kommunist denken, wenn der abgrundtiefe Haß der Imperialisten und Arbeiterverräter auf den großen Marxisten-Leninisten, den langjährigen korrekten Führer des ersten sozialistischen Staates, sich in beispiellosen Verleumdungskampagnen widerspiegelt. Oder will uns etwa einer einreden, daß die Bourgeoisie Stalin aus Sorge um die revolutionären Ziele der Arbeiterklasse bekämpft und kritisiert?

Die Bourgeoisie hat immer versucht, die Befreiung der Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats über die alten Ausbeuter und alle, die den Kapitalismus restaurieren wollen, als eine Diktatur über das Volk auszugeben. Vor allem ihre Agenten in der Arbeiterbewegung, die Sozialdemokraten, haben die Diktatur des Proletariats als eine " Diktatur" über das Volk hingestellt, um die Arbeiterklasse für die "Demokratie der Kapitalisten", den Imperialismus, zu gewinnen. Ihre Hetze gegen die Sowjetunion zielte gleichzeitig auf eine Isolierung der UdSSR hin, um sie zur leichteren Beute der Imperialisten werden zu lassen.

Unbezahlbare Schützenhilfe erhielten die Imperialisten bei ihrem Kampf gegen die Sowjetunion von den Trotzkisten. Getreu ihrer "Theorie", daß der Aufbau des Sozialismus in einem Lande nicht möglich sei, setzten diese Arbeiterverräter der übelsten Sorte alles in Bewegung, um den Aufbau des Sozialismus zu sabotieren und die Sowjetunion zurück ins Lager des Imperialismus zu zerren.

Gleichzeitig starteten sie eine internationale Verleumdungskampagne gegen die UdSSR und Stalin, die sich in nichts von den Greuelmärchen der Imperialisten und ihrer sozialdemokratischen Lakaien unterschied, die besonders gefährlich war, weil die Trotzkisten sich als Anhänger der Oktoberrevolution und als Fortsetzer der Leninschen Lehre auszugeben versuchten.

Mit der Machtergreifung der modernen Revisionisten in der SU begann eine neue, ungeheure Verleumdungswelle gegen die korrekte Führung Stalins. Scheinbar richteten die chruschtschowschen Revisionisten ihre Angriffe gegen angebliche Fehler Stalins, in Wirklichkeit aber gegen die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion. Ihr Kampf gegen den angeblichen Personenkult Stalins und ihre von den Imperialisten übernommene unverschämte Behauptung, "Stalin sei ein Diktator und Mörder schlimmer als Iwan der Schreckliche" gewesen, sollte ihre bürgerliche Machtergreifung verschleiern. Zudem sollte die Verleumdung Stalins, die genau der jahrzehntelangen Kritik der Bourgeoisie an Stalin entsprach, die revolutionäre Arbeiterbewegung zersetzen, in die Resignation treiben und vom Kampf für die Diktatur des Proletariats abhalten.

Fortsetzung auf Seite 6

Nieder mit der Hetze gegen die VR China !

Es paßt wie der Deckel auf den Topf: Während die Bourgeoisie versucht, auf der einen Seite die Verbrechen des Faschismus zu verniedlichen, den Haß des deutschen Volkes auf den Hitlerfaschismus einzuschläfern, um eine neue faschistische Herrschaft vorzubereiten, startet sie gleichzeitig eine üble Hetzpropaganda gegen die beiden Bollwerke des Sozialismus, China und Albanien. Mit Lügen und widerlicher Demagogie will sie dem deutschen Volk einreden, daß die Arbeiter, Bauern und die übrigen Werktätigen in China nicht etwa eine Diktatur über die ehemaligen Ausbeuter ausüben, sondern daß eine konterrevolutionäre Führungsclique die Macht an sich gerissen hat. Je mehr Menschen erkennen, daß nur der Sozialismus, nur die gewaltsame Errichtung der Diktatur des Proletariats den Ausweg aus dem Elend des Kapitalismus bringen kann, desto verwegener werden die Lügen der Bourgeoisie über die sozialistischen Länder, um Resignation unter den Volksmassen zu schüren und Haß gegen die VR China und Albanien zu säen. (Fortsetzung auf Seite 2)

Korruption und Bestechung Zeichen des Verfalls

Legte der Fall Watergate bereits die Korrumpiertheit des kapitalistischen Systems offen, so vervollständigen immer neue Fälle von Bestechung, Spionage und Fällen wie Watergate das Bild vom Verfall des äußerlichen Glanzes der bürgerlichen Demokratie: Es wurde bekannt, daß der Chef des Weißen Hauses, Nixon, einige Hunderttausend Dollar Steuern hinterzogen hat. Und zu den ehemaligen Ministern der Nixon-Regierung, die wie Mitchell, Stan und Agnew wegen Bestechung und krimineller Handlungen vor Gericht stehen, gehört nun auch der ehemalige Finanzminister Conally, der von Milchkonzernen mit 10.000 Dollar bestochen worden sein soll.

Was in den USA, wo die Zerrüttung des kapitalistischen Systems mit am weitesten vorangeschritten ist, sich in breitem Umfang offenbart, gilt ebenso für die Abhörskandale in Frankreich, in Britannien oder für die Steiner-Wienand-Affäre in Westdeutschland: **Die Fassade der bürgerlichen Demokratie wird immer rissiger. Daran können auch alle Anstrengungen der Bourgeoisie, diese tiefen Risse zu kitten, nichts ändern.**

Große Mühe geben sich die eingesetzten Untersuchungsausschüsse, wie der Irwin-Ausschuß für Watergate und der Parlamentarische Untersuchungsausschuß für Steiner-Wienand, das tatsächliche Ausmaß der Korruption zu verbergen. "Seht her, wie wir für die Demokratie kämpfen, wie wir der Korruption bis ins Einzelne nachgehen" – das ist die Rolle, die diese Ausschüsse zu spielen haben.

Zweifellos sind diese Ausschüsse gründlich: Brauchte der Steiner-Wienand-Ausschuß mehrere Monate, um festzustellen, daß er nichts herausgefunden hat, so brachten es die USA als das Land der Rekorde auf über zweijährige Watergate-Untersuchungen, ohne daß ein Ende abzusehen ist. Es wurden bereits zig Zeugen gehört und 10.000 Seiten Protokoll stenografiert, aber noch immer besteht allein über den Tatbestand beim Einbruch in das Watergate-Hotel keine Klarheit. Solange das Monopolkapital Leute wie Nixon, Wienand oder Brandt noch brauchen kann, werden ihre Tagen auch gedeckt. Ansonsten werden sie fallengelassen wie Agnew, Steiner oder Mitchell.

Für die Bourgeoisie aber wird es immer schwieriger, trotz all dieser Skandale noch glaubhaft zu wirken. Konnte die Bourgeoisie anfangs vielfach noch glauben machen, es drehe sich bei Watergate allein um einige Mitarbeiter des Präsidenten, so zog Watergate selbst immer größere Kreise, erfaßte immer mehr Kräfte der politischen Elite Washingtons. Mag anfangs noch mancher geglaubt haben, der Watergate-Ausschuß sei ehrlich bemüht die Wahrheit zu suchen, so war es der Ausschuß selbst, der sich zum Gezänk der bürgerlichen Parteien machte und damit sich selbst jede Glaubwürdigkeit nahm.

Was die Bourgeoisie nicht verhindern kann: **der Zerfall im Überbau des kapitalistischen Systems verschärft sich derart, daß die Bourgeoisie von Tag zu Tag weniger in der Lage ist, die Übel in den Organen des Staatsapparates zu tarnen. Die Werktätigen – ob in den USA oder in Westdeutschland – lassen sich nicht betrügen. Ihr Mißtrauen gegenüber dem bürgerlichen Staatsapparat nimmt ständig zu, ihr Haß auf die Korrumpiertheit dieses Systems täglich größer.**

VORWÄRTS ZUM ROTEN 1. MAI!

Der 1. Mai ist rot. Auch in diesem Jahr ruft die Partei auf, das revolutionäre Banner des internationalen Kampftages der Arbeiterklasse hochzuhalten. Helft bei der Finanzierung der Kampagne zum diesjährigen Roten 1. Mai! Spendet unter dem Stichwort "Roter 1. Mai" auf das Konto des Roten Morgen: Stadtsparkasse Dortmund, Nr. 321 004 – 393.

Inzwischen erreichten uns weitere Spenden:
M.C. Werdohl 10 DM – H.O. Kiel 5 DM – M.S. Köln 100 DM – W.K. Essen 10 DM – RM-Lesekreis Mannheim Neckarstadt 41,10 DM – R-D. Hahn Bönen 50 DM – H.V. 100 DM – KSB/ML Zelle Germanistik, Westberlin 128 DM.

Insgesamt sind damit bisher 699,60 DM zur finanziellen Unterstützung der Kampagne für einen Roten 1. Mai gespendet worden.

DEINE SCHARFE WAFFE ROTER MORGEN

Liebe Genossen,

Ich schicke Euch noch 120,- DM und zwar aus einem besonderen Grund. Früher gehörte ich der opportunistischen Gruppe Rote Fahne Bochum an, und die diese im Kampf gegen die KPD/ML entstanden war, machte es mir seinerzeit nichts aus, ein Abonnement für 10 RMs zu erschleichen, ohne einen einzigen Pfennig dafür gezahlt zu haben. Jetzt, wo ich erkannt habe, daß die KPD/ML die Partei der Arbeiterklasse ist und mit allen Mitteln gestärkt werden muß, fühle ich mich verpflichtet, den Schaden zu begleichen.

Ich hoffe gleichzeitig, daß alle Genossen, die heute noch in Zirkeln organisiert sind, die aber aufrichtig die Revolution wollen, ebenso erkennen, daß niemand das Recht hat, eine "Gegenorganisation" gegen die KPD/ML aufzumachen, auch dann nicht, wenn er in manchen Punkten (berechtigte oder unberechtigte) Kritik hat. Wer der KPD/ML schadet, der schadet der Arbeiterklasse und hilft dem Feind.

Rot Front
ein Genosse aus Mannheim

Fortsetzung von Seite 1

Nieder mit der Hetze gegen die VR China!



Die Diktatur des Proletariats wird gegen alle äußeren und inneren Feinde verteidigt.

Unter der unverschämten Überschrift "Maos Patienten leiden lächelnd" behauptet zum Beispiel die WAZ, das chinesische Volk werde nicht ausreichend medizinisch versorgt, die erfolgreiche Weiterentwicklung der Medizin in der VR China seien nur Taschenspielertricks. Chinas Ärzte sind führend in der ganzen Welt bei der Frage der Wiederherstellung abgetrennter Gliedmaßen. Was wird aus diesem Erfolg des Sozialismus im bürgerlichen Schmierblatt "Quick"? Das chinesische Volk sei zu dumm, um mit modernen Maschinen umzugehen, schneide sich deshalb häufiger Finger und Zehen ab, so daß die Ärzte das Annähen öfter üben könnten als in kapitalistischen Ländern. Demagogisch faßt schließlich der "Spiegel" zusammen, was die Arbeiterklasse in der DBR nach dem Willen der Bourgeoisie über die VR China denken soll: "Die Dämonen kommen zurück", verkündet die Überschrift einer mehrteiligen Serie. Dämonen – das sind die alten Ausbeuter! Zwar geht es vorwärts beim Aufbau der Produktion, zwar gewinnt die VR China immer mehr Freunde in aller Welt – doch all dies, behauptet die Propaganda der Bourgeoisie, sei nur erreicht worden, weil die Diktatur des Proletariats abgeschafft wurde, weil eine neue Bourgeoisie die Macht an sich gerissen hat. Die chinesischen Arbeiter und Bauern dagegen würden genauso ausgebeutet und unterdrückt wie in allen kapitalistischen Ländern.

Der Sieg der Kulturrevolution war für die Imperialisten in aller Welt ein entsetzlicher Schlag. Ihr schmutziger Angriff auf das sozialistische China, ihr Komplott mit allen reaktionären Elementen in der Volksrepublik, vor allem mit Liu Schao Tschi wurde zerschmettert. Wütend kämpften sie dagegen an. Die Sicherung der Diktatur des Proletariats, so geiferte der "Spiegel" noch 1971, würde "gleichermaßen die Klassengesellschaften der Industriestaaten des Ostens und des Westens herausfordern", und "sowjetische Marschälle sahen eine Chance, den Spuk (damit ist die ruhmreiche Kulturrevolution gemeint! – die Red.) mit einem präventiven Atomschlag auszuräumen – eine Idee, die auch den deutschen Philosophen Karl Jaspers und den amerikanischen Präsidenten Kennedy beschäftige."

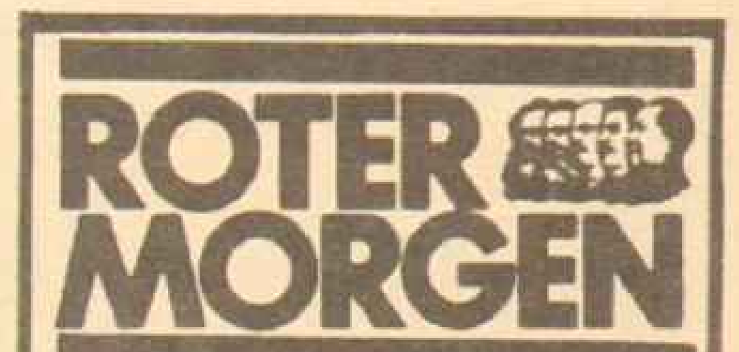
Aber alle diese Intrigen und Angriffe schlug die VR China zurück. Die KP Chinas mit Genossen Mao Tsetung an der Spitze führte das chinesische Volk wachsam im Kampf gegen alle Verräter, gegen alle Versuche, die Diktatur des Proletariats zu stürzen. Die Zerschlagung der parteifeindlichen Clique um Lin Biao, der konsequente Kampf gegen die reaktionäre Theorie des Konfuzius haben die Herrschaft der werktätigen Volksmassen in der VR China weiter gefestigt. Mit der Entlarvung Lin Biaos, mit dem konsequenten Kampf gegen die reaktionäre Lehre des Konfuzius, hat sich erneut eine Hoffnung der Imperialisten zerschlagen. Aus Wut über diese erlittene Niederlage, aus Angst davor, daß die erneute Festigung der Diktatur des Proletariats in China dem Sozialismus noch mehr Freunde unter den Werktätigen in den kapitalistischen Ländern gewinnt, daß das Beispiel der VR China den revolutionären Kampf auch in der Bundesrepublik und Westberlin beflügeln wird, bewirft die bürgerliche Propaganda die Errungenschaften des Sozialismus mit Schmutz, verdreht sie die Tatsache, daß die Arbeiterklasse in China und Albanien die Macht fest in den Händen hält, hetzt sie gegen den Marxismus-Leninismus.

Zwar sei der Wohlstand der Werktätigen in der VR China gestiegen, heißt es zum Beispiel im "Spiegel" – aber nur, weil "die einstmals als "Revisionismus" verketzerten materiellen Anreize lockten, Manager und Gewerkschaften wieder an die Arbeit gegangen waren – es ging aufwärts." Die Kommunistische Partei sei nicht mehr die revolutionäre Führung der Volksmassen, sondern ein Machtinstrument in den Händen einiger korrupter Funktionäre. Parteimitglieder müßten weniger arbeiten, erhielten aber mehr Lohn, nur Kinder von Funktionären könnten studieren und ähnliche Lügen. Die Massenbewegung gegen Konfuzius und Lin Biao wird verdreht zu einem "Machtkampf einiger Führer", aus der Tatsache, daß jeder Parteifunktionär einige Zeit körperlich arbeiten muß, um sich nicht von den Massen zu lösen, wird die üble Verleumdung, ein freiwilliger Arbeitseinsatz nütze nur der Parteikarriere. Mit solchen Beschimpfungen und Lügen will die Bourgeoisie der Arbeiterklasse weismachen, daß nicht Sozialismus, sondern Revisionismus in der VR China herrsche, daß die Arbeiter, Bauern und übrigen Werktätigen dort ausgebeutet und unterdrückt würden wie in einem kapitalistischen Land. Die Befreiung der Frau, die in der VR China heute in der Produktion, in der Politik und Armee gleichberechtigt mit dem Mann kämpft, wird verleumdet: Weil die Männer nicht genug verdienen, "müssen die meisten Ehefrauen zur Arbeit gehen." Die Bauern seien faul und dumm, "zur Feldarbeit mußte der Brigadier sie antreiben." Die Arbeiter selbst seien es gewesen, die die Restauration des Kapitalismus forderten: "Sie verlangten Leistungszulagen und die in der Kulturrevolution abgeschafften Prämien."

Welch widerliche Verleumdung des chinesischen Volkes, das gegen die Bourgeoisie, gegen alles Reaktionäre heroisch kämpfte, das unter großen Opfern den Völkern der Welt ein Beispiel gab, daß die Errichtung und Sicherung der Diktatur des Proletariats möglich und notwendig ist.

Nicht Sozialismus, sondern Revisionismus herrsche in der VR China, verbreitet die Bourgeoisie – um die Liebe der deutschen Werktätigen zum Sozialismus auszulöschen, um Resignation zu verbreiten. Alle Feinde des Sozialismus stimmen ein in diesen Chor der Lügner und Heuchler: Die bürgerlichen Schreiberlinge der Presse, die Verräter der D'K'P, die Gewerkschaftsbonzen, Häuptlinge von Zirkel- und Spalterorganisationen, mehr oder weniger versteckt, jeder auf seine Art. Aber damit werden sie den Siegeszug des Sozialismus nicht aufhalten! Setzen wir dieser Hetze die Propagierung der Errungenschaften des Sozialismus gegenüber, verstärken wir die Liebe des deutschen Volkes zu seinem chinesischen Brudervolk, organisieren wir den revolutionären Kampf des deutschen Werktätigen noch besser nach dem leuchtenden Vorbild der chinesischen und albanischen Genossen!

ES LEBE DIE VR CHINA, DAS BOLLWERK DER WELTREVOLUTION!



Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526, PSchKto Dortmund Nr. 417 06 - 466; Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert) Tel. 0231 / 41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Dieter Stoll, Dortmund Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 25,-DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung auf eines unserer obenstehenden Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

DGB- und D'K'P-Bonzen - FEINDE DER ARBEITERKLASSE

"Nieder mit dem DGB-Apparat! Baut die RGO auf!" Diese Parolen am Kieler DGB-Haus haben die DGB-Bonzen offensichtlich getroffen. Die "Holsteiner Zeitung" berichtete, der DGB-Kreisvorsitzende Herbert Winkler habe die "Hauswand-Malerei in einer Presseerklärung angeprangert".

In der Presseerklärung heißt es u.a.: "Die Mitglieder der KPD/ML sind Feinde der Verfassung, Feinde der Arbeitnehmer und Feinde der Gewerkschaften. Das Ziel dieser KPD/ML-Gruppen ist die Zerstörung der gewerkschaftlichen Organisation. Der DGB stellt fest, die Mitgliedschaft von Feinden der Gewerkschaften in einer DGB-Gewerkschaft ist unvereinbar. Der DGB ruft alle Arbeiter, Angestellten und Beamten auf, sich in den Betrieben, Büros, Verwaltungen und in der Öffentlichkeit energisch gegen die gewerkschaftsfeindlichen Gruppen der KPD/ML zur Wehr zu setzen."

Allerdings ist die KPD/ML gegen die Verfassung, weil in ihr die Herrschaft der Kapitalisten über die Arbeiterklasse und das gesamte werktätige Volk fixiert ist. Im Gegensatz zur KPD/ML kann dem DGB-Apparat allerdings ohne Abstriche bescheinigt werden, daß er immer und überall für die Aufrechterhaltung der Diktatur der Kapitalistenklasse über die Werktätigen eintritt. Eben darum wird der imperialistische DGB-Apparat nicht nur von Mitgliedern der KPD/ML, sondern von immer breiteren Teilen der Arbeiterklasse als Unterdrückungsinstrument der Kapitalisten erkannt und bekämpft. Weil die KPD/ML um die Notwendigkeit



weiß, daß die Arbeiterklasse sowohl im Kampf für die Tagesinteressen, als auch im Kampf für den Sozialismus starke Gewerkschaften braucht, kämpft sie für den Zusammenschluß der Kollegen zur Revolutionären Gewerkschafts opposition, um die Handlanger der Kapitalisten in der Arbeiterbewegung zu isolieren, um die Einheit der Arbeiterklasse auf revolutionärer Grundlage und unter der Führung ihrer Kommunistischen Partei zu schmieden.

Der DGB ruft also alle Arbeiter, Angestellten und Beamten auf, "sich gegen die KPD/ML zur Wehr zu setzen". Wir sind sicher, daß die Bonzen Gehör finden werden – allerdings nicht bei der Masse der Arbeiter, kleinen Angestellten und kleinen Beamten, sondern z.B. bei den Arbeiterverrätern von der revisionistischen D'K'P. Bei Hoesch, bei Mannesmann sorgten die D'K'P-Revisionisten und die IGM-Bonzen gemeinsam mit den Kapitalisten und der Polizei für die Entlassung kommunistischer Kollegen.

Wo der DGB-Apparat seine Bündnispartner hat, macht auch eine Meldung der WAZ vom 5.4.74 deutlich: "Hans Jürgensen, Polizeipräsident (von Duisburg – RM) begrüßt es, daß sich die IG Metall von vieren ihrer Mitglieder, die der KPD/ML angehören, trennen will. Jürgensen: "Das ist ein erfreulicher Akt demokratischer Selbstreinigung einer großen, verantwortungsvollen Organisation."

Diese Einheitsfront gegen den Kommunismus wird noch mehr Kollegen klar machen, wer auf der Seite der Arbeiterklasse und wer als Feind der Arbeiterklasse im Sold der Kapitalistenklasse steht.

Neumünster: Arbeitsgericht spricht Kapitalistenrecht
Der Kampf der Partei gewinnt neue Freunde

Am 2.4.74 fand vor dem Arbeitsgericht in Neumünster der Prozeß des Genossen W.D. gegen die AEG-Werke in Neumünster statt.

Genosse W.D. war vor zwei Monaten auf Betreiben der IG Metall und des Betriebsrats entlassen worden. Grund: Er hatte zusammen mit anderen Kollegen aus dem Ortsjugendausschuß der IGM ein Flugblatt unterzeichnet, in dem 25% mehr Lohn gefordert wurden und darauf hingewiesen wurde, daß die Arbeiter ihre Forderungen nur durchsetzen können, wenn sie den "Tariffrieden wieder und wieder brechen". Die Ortsverwaltung der IGM hatte die Vertreibung dieses Flugblattes deshalb – und weil es die gleichen Forderungen wie die KPD/ML propagiere – abgelehnt. Das Flugblatt aber wurde trotzdem verteilt.

Als der Betriebsrat das Flugblatt in die Hände bekam, schickte er es gleich zur Untersuchung, um feststellen zu lassen, ob das Flugblatt auf der gleichen Druckmaschine gedruckt wurde, wie die Betriebszeitung der KPD/ML, "Der rote Funke". So wollte er den OJA wohl als "kommunistisch" denunzieren. Als er damit keinen Erfolg hatte, wurde der Geschäftsleitung das Flugblatt zugespielt, die nun ihrerseits versuchte, die Unterzeichner mit der Androhung der Kündigung einzuschüchtern.

Genosse W.D. allerdings blieb standhaft. Und noch am selben Tag wurde seine fristlose Kündigung verfaßt und auch sofort vom Betriebsrat unterschrieben.

Der Genosse ging vors Arbeitsgericht. Die Ortsgruppe der KPD/ML nahm in der Woche vor dem Prozeß den Kampf für die Wiedereinstellung des Genossen verstärkt auf. In der ganzen Stadt und vor den Betrieben wurden Flugblätter verteilt. Am Samstag vorher wurde ein Informationsstand in der Stadt errichtet, an dem die Genossen unter anderem 33 Rote Morgen und 16 Broschüren "Es lebe der Kommunismus" verkauften. Ein Kollege sprach den AP-Trupp an, ob er nicht einmal das Kampflied "Brüder zur Sonne, zur Freiheit" singen könne, er habe früher in der KPD auch mit diesem Lied gekämpft.

Der Erfolg der Arbeit der Partei zeigte sich am Prozeßtag. 70 Freunde Kollegen und Genossen waren gekommen und erzwangen sich auch den Einlaß in den viel zu kleinen Gerichtssaal.

Hier zeigte der Genosse, daß sein Entlassungsgrund "Vertrauensbruch" ein Witz ist. Denn zwischen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse gibt es kein Vertrauen, da gibt es allein unversöhnlichen Klassenkampf. Deshalb kann die Arbeiterklasse auch durch keine "vertrauensvolle Zusammenarbeit" mit den Kapitalisten etwas gewinnen. Ihr Ausweg heißt nicht Reform, sondern Revolution. Der Richter: Aber dann dürfe man doch nicht 25% mehr Lohn fordern. "Denn bei einer Lohnerhöhung von 25% denke kein Arbeiter mehr an den Sozialismus"!!!

Er schloß die Verhandlung dann einfach ohne Urteilsverkündung ab. "Sie können deswegen ja so um 14.00 Uhr einmal anrufen."

Aber so einfach wurde er die Genossen nicht los. Um 13.45 Uhr standen alle wieder vor dem Gericht. Der Richter erschien auch – um, ohne die Genossen eines Blickes zu würdigen, zu seinem Auto zu marschieren. Als Genosse W.D. ihn ansprach, erklärte er schnell, daß der Prozeß für ihn verloren sei, und stieg schnell in seinen Wagen.

Noch am selben Tag verteilten die Genossen der KPD/ML Flugblätter über den Prozeß bei der AEG und in der Stadt. Wieder einmal hatte sich gezeigt, daß auch die Arbeitsgerichte, die angeblichen Schiedsstellen zwischen Kapitalisten und Arbeitern nichts sind als Organe, um die Interessen und Gesetze der herrschenden Klasse gegen die Arbeiter durchzusetzen. Viele Kollegen waren empört. Und der gute Verkauf der Propagandamaterialien der KPD/ML zeigt, daß angesichts der immer offensichtlicher werdenden Front von Kapital, DGB-Apparat und kapitalistischem Staat das Interesse an der Alternative, die die KPD/ML zu diesem System der Ausbeutung und Unterdrückung zeigt, wächst.

Stahlindustrie: Kampf der Rationalisierung!

Durch die Rationalisierung und Konzentration in der Stahlindustrie, aktuell besonders durch die Einverleibung Rheinstahls durch Thyssen, durch die Thyssen zum viertgrößten Stahlkonzern in der Welt wurde, werden Tausende Stahlarbeiter von Massenentlassungen bedroht. In dieser Situation riefen die D'K'P-Revisionisten in Duisburg ihre 2. Stahlarbeiterkonferenz ein. Von den Revisionisten kam nichts neues: Ausweitung der Mitbestimmung und Verstaatlichung der Stahlkonzerne – so sehen die Vorschläge der D'K'P-Revisionisten für den Kampf der Stahlarbeiter gegen drohende Massenentlassungen aus.

Bleiben wir bei der "Ausweitung der Mitbestimmung". Bei Thyssen und Rheinstahl gibt es wie bei allen Stahlwerken die Montanmitbestimmung. War sie ein Kampfinstrument der Kollegen? – Genau das Gegenteil ist der Fall: Als vor mehr als einem Jahr die Fusion zwischen Thyssen und Rheinstahl bekannt wurde (RM 8/73), jubelte Arbeitsdirektor Poth(IG Metall): "Dadurch werden die Arbeitsplätze sicherer!"

Jetzt sieht es auf der zu Rheinstahl gehörenden Henrichshütte in Hattingen so aus, daß ein Teil des Werkes wahrscheinlich bald geschlossen wird, die Stillegung weiterer Abteilungen der Hütte, ja sogar des gesamten Betriebes droht. 200 Kollegen, zum großen Teil Ausländer, sollen offensichtlich sofort entlassen werden. Deutschen Kollegen wird ein Arbeitsplatz in Duisburg angeboten, was für die Hattinger Kollegen bedeuten würde, Nacht für Nacht um 2.00 Uhr aufzustehen, um rechtzeitig zum Schichtbeginn in Duisburg zu sein.

Das nennt IG Metall-Mitbestimmer Poth "Sicherung der Arbeitsplätze". Die Mitbestimmung ist kein Kampfmittel der Arbeiterklasse, sondern ein Kampfinstrument der Kapitalisten, um die Arbeiter mit der Illusion "ihre Interessen würden schon vertreten" vom Kampf abzuhalten, um unter anderem eben auch Massenentlassungen und Stillegungen durchzusetzen. Lassen wir noch einmal den Vorsitzenden der IG Bergbau und Energie Schmidt zu Wort kommen, der offen feststellte, daß mit Hilfe der Montanmitbestimmung die Massenentlassungen im Bergbau in der Hälfte der geplanten Zeit vorgenommen werden konnten.

Und die Verstaatlichung? – Gerade am Beispiel Thyssen/Rheinstahl kann man sehen, daß der bürgerliche Staat nichts anderes ist, als ein geschäftsführender Ausschuß des Monopolkapitals. Nicht nur, daß das Kartellamt der Einverleibung Rheinstahls durch Thyssen,, grünes Licht gab, obwohl selbst Teile der bürgerlichen Presse jammerten, daß hier vielleicht doch zuviel Macht in einer Hand konzentriert werde. Der Bonner Staat ist auch einer der größten Auftraggeber für den Thyssenkonzern. Thyssen will bei Rheinstahl vor allem die Rüstungsproduktion intensivieren. Aufsichtsratsmitglied Toni Schmücker sitzt im rüstungswirtschaftlichen Arbeitskreis in Bonn.

Der Staat sorgt als Instrument der Kapitalisten für den Profit der Monopole und soll als Machtapparat der Bourgeoisie dafür sorgen, daß die Herrschaft der Kapitalisten nicht angetastet wird. Er hat die Aufgabe, die Kämpfe der Arbeiterklasse zu unterdrücken.

Es liegt auf der Hand, was die Revisionisten bezwecken, wenn sie der Arbeiterklasse, wie hier den Stahlarbeitern einreden wollen, der Staat könne im Kampf gegen die Monopole benutzt werden, um die "Macht der Monopole" zurückzudrängen. Sie wollen von der Tatsache ablenken, daß Kampf gegen Massenentlassungen aufgrund von Rationalisierung und Stillegungen nur unversöhnlicher, revolutionärer Klassenkampf gegen das Kapital und seine Handlanger heißen kann. Daß die Sicherheit der Arbeitsplätze nur im Sozialismus verwirklicht werden kann, nachdem die Arbeiterklasse den Kapitalismus in der proletarischen Revolution gestürzt, den Kapitalistenstaat gewaltsam zerschlagen und ihren Staat, die Diktatur der Arbeiterklasse über die Ausbeuter, errichtet hat.

Lehrlinge demonstrieren für Senkung der Fahrpreise

Am 2.4. demonstrierten 3.000 Kasseler Berufsschüler gegen die zu hohen Fahrpreise. Während eine Netzkarte für Schüler 16,80 DM kostet, müssen die Lehrlinge im Moment 47,- DM für die gleiche Karte bezahlen. Die Lehrlinge fordern deshalb Schülerzeitfahrkarten auch für Lehrlinge. Von der Berufsschule aus demonstrierten sie auf den Straßenbahnschienen zum Rathaus. Dort erklärte ein Sprecher der Stadt, daß man ihre Probleme in einem Monat behandeln werde, worauf es Buhrufe und Pfiffe hagelte. Erbost über Verzögerungstaktik wurden die Rufe "Wir kommen wieder!" immer lauter. Als ein Juso die Demonstration nun schnell für aufgelöst erklärte, formierten sich die meisten Demonstranten erneut und zogen auf den Schienen mit ihren Transparenten zur Berufsschule.

"Versuchsperson gesucht"

Vor kurzem hing an der Dortmunder Universität ein Aushang des Instituts für Arbeitsphysiologie, in dem Studenten für Versuche mit dem Fahrradergometer, als Belastungsversuche am menschlichen Körper gesucht werden.

"Dieser Aushang steht nach meinen Beobachtungen", schreibt eine Sympathisantin von der Universität Dortmund "im Zusammenhang mit der zunehmenden Anwerbung von Studenten, die materiell abhängig sind zu Werbunszwekken, Spitzeltätigkeit in Kaufhäusern und zu "Leitungsmessungen" in den Betrieben,

So wußte ein Komillitone, der sich wie ich über diesen Aushang empörte, von einem Studenten zu berichten, der skrupellos genug ist, sich von Zeit zu Zeit, wenn "irgendwo rationalisiert werden muß" als Refa-Mann losschicken zu lassen und der sich dabei "dumm und dämlich" verdient. Wir waren uns einig darüber, daß der saubere Herr eine Tracht Prügel verdient hat."

Revisionistisches

REIMANN IN DIE NATO-SPITZE!

"Generäle im UZ-Test" – so heißt eine Serie in der UZ, der Zeitung der modernen Revisionisten von der D'K'P. Am 18. Januar wurde Admiral Günter Poser "getestet". Der "harte" UZ-Test förderte alles zu Tage: die Verbrechen Posers als Offizier der Hitlerfaschisten, seine Unterstützung der südkoreanischen Diktatur als Militärattache. Inzwischen ist Poser Chef der Geheimdienstabteilung im Internationalen Militärstab der Nato. Wie lautet wohl das Testergebnis der "UZ"? – Daß Kriegsverbrecher vom Schlage Poser genau die richtigen Männer für das Kommando der Nato sind, dieses aggressiven, gegen die Völker und gegen den Weltfrieden gerichteten Militärblocks, durch den ganz Westeuropa unter dem Militärstiefel des US-Imperialismus gehalten wird? – Weit gefehlt. Das Test-Ergebnis der "UZ" lautet: "Mit seiner Vergangenheit im 'Dritten Reich' gehört Günter Poser weder in eine Spitzenposition der Bundeswehr noch der Nato!" Kommentiert ein RM-Leser: "Max Reimann in die Nato-Führung, dann ist alles in Butter."

"STALIN IN BERLIN?"

Das sowjetische Ehrenmal in Berlin-Treptow, gebaut zur Erinnerung an den Großen Vaterländischen Krieg, ist eine der letzten Gedenkstätten, wo der Name Stalins noch nicht ausgelöscht ist. Bei einem Besuch in Ostberlin fragte eine Genossin, die dieses Denkmal besuchen wollte, einen Vopo nach dem Weg. Der Vopo war völlig überrascht: "Stalin? Wo soll der sein? Bei uns in Berlin? Das ist mir neu!"

Fortsetzung von Seite 1

Arbeiter und Bauern - eine Kampffront!

Zugleich aber feiern die Blätter des Bauernverbandes die weitere Monopolisierung in der Landwirtschaft, preisdrückende Abnahmeverträge von Konzernen, als genossenschaftliche Errungenschaft der Bauern. So heißt es im schleswig-holsteinischen Bauernblatt zum "Beratungs- und Kontrollring" der "Nordfleisch und Nordferkel" AG: "Eine erfolgreiche Selbsthilfe-Einrichtung". In Wahrheit ein Ring, der die weitere Konzentration der Großbauern auf Kosten der mittleren und kleinen Bauern vorantreibt.

Als falscher Freund der Bauern versuchen auch die D'K'P-Revisionisten zu verhindern, daß Arbeiterklasse und Bauern gegen ihren gemeinsamen Feind, das System des Monopolkapitals, den Kapitalismus, ziehen und ihn niederringen. Mit ihrer Forderung "Preisstopp für alle landwirtschaftlichen Betriebsmittel", "Preisstopp der den Endverbraucher vor dem Preisdiktat der Nahrungsmittelkonzerne schützt", und mit ihrer Forderung "Reale Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise um 15% auf Kosten der Konzernprofite", rufen sie die Bauern auf, dafür zu kämpfen, daß die Regierung sich für die Bauern gegen die Monopole einsetzt.
Nicht anders wie den Arbeitern in den Betrieben wollen sie den Bauern weis machen, dieser Staat und seine Regierung stünde über den Klassen, wollen darüber hinwegtäuschen, daß der Staatsapparat Herrschaftsinstrument des Monopolkapitals ist. Ob unter der Adenauer-Regierung oder unter Brandt – das Programm für die Landwirtschaft hat stets geheißen: Steigerung der ‚Profite der Monopole, Ruinierung von Millionen Bauern. Daß nach EWG-Norm von 1971 über 90% der Höfe in Westdeutschland sterben sollen, wurde wiederholt nachhaltig von der SPD/FDP-Regierung begrüßt, als "notwendiges Übel". Mehr als jede andere Regierung vor ihr hat sie durch ihre Subventionspolitik, durch ihre EG-Agrarmarktpolitik den Bankrott der Bauern vorangetrieben.

Die CDU versucht durch Sprüche wie "Jeder kann auch 1980 noch Bauer sein, wenn er will" die breiten Massen der Bauern vom Kampf gegen das Monopolkapital und seine Regierung abzuhalten. Aufgabe der modernen Revisionisten ist es, unter den Bauern – wie überall – die Fortschrittlichsten, die den Kampf gegen das kapitalistische System aufnehmen wollen, in die Irre zu führen. Ihnen vorzumachen, der Kapitalismus biete ihnen noch eine Perspektive für ihre Existenz.

Aber in diesem System hat das Monopolkapital die absolute Macht: Es nimmt ihm durch Verträge usw. den letzten Schein von Selbständigkeit, macht ihn als Bauern zum bezahlten Lohnarbeiter oder zwingt ihn, seine Existenz aufzugeben und in die Fabrik zu gehen.

Für den Bauern gibt es nur einen Ausweg: An der Seite der Arbeiterklasse für den Sozialismus kämpfen. Nur der Sozialismus kann den Bauern eine dauernde Existenz bieten. Er wird unter der Führung der Arbeiterklasse den Landbesitz aus den Händen einiger Monopole, einiger Agrarkapitalisten reißen und wird das gesellschaftliche Eigentum an Landbesitz einführen. Der Bauer wird in einer gesicherten Existenz das Land bearbeiten können.
Arbeiter und Bauern, eine Kampffront!

Frühlingsgutachten

Angst vor der proletarischen Revolution

Weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit, Inflationsrate über 10% – zu diesen Ergebnissen kommen fünf bürgerliche Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem sogenannten Frühlingsgutachten. Das Kapitalistenorgan "Handelsblatt" kommentiert: "Auch das Frühlingsgutachten zeigt, wie die ganze Bundestagsdebatte zum Jahreswirtschaftsbericht, die ganze Hoffnungslosigkeit einer Lage, deren Diagnose einfach ist, für die aber niemand mehr die Therapie (Behandlungsmethode – RM) weiß." Und die Kapitalistenpresse verrät auch, was die Bourgeoisie angesichts der zunehmenden Widersprüche des kapitalistischen Systems am meisten schreckt: das "politische Risiko", der drohende Sturz ihrer Herrschaft in der proletarischen Revolution.

Allerdings haben die bürgerlichen "Gutachter" bereits bei der Diagnose, der Feststellung der Krisenursachen, erhebliche Schwierigkeiten. Schließlich können sie nicht einfach mit der Wahrheit herausrücken, daß die Ursache für die Krise im kapitalistischen System selbst begründet liegt (vergl. RM Nr. 48/1973). Stattdessen tischen sie uns das alte Ammenmärchen von der Lohn-Preis-Spirale auf. Die Hauptschuld für Inflation und Arbeitslosigkeit soll die Arbeiterklasse haben. Die Lohnerhöhungen hätten die Inflationsrate in die Höhe getrieben. In Wirklichkeit kann jede Arbeiterfamilie ein Lied davon singen, daß die in diesem Jahr von DGB-Bonzen und Kapitalisten beschlossenen Lohnerhöhungen von durchschnittlich 11% angesichts der galloppierenden Preissteigerungen für alle Waren, die ein Arbeiterhaushalt tagtäglich braucht, ohnehin ein Hohn sind.

Tatsache ist, daß die Profitgier der Kapitalisten die Preise treibt. Tatsache ist, daß die Monopole die Preise diktieren. Tatsache ist, daß der imperialistische Staat die Inflation treibt, indem er allein in diesem Jahr über 20 Milliarden DM Schulden macht, um dem Monopolkapital das Geld in Form von Rüstungsaufträgen oder Subventionen in den Rachen zu werfen. Mit 8 Milliarden werden außerdem die US-Besatzertruppen ausgehalten.

Und auch die Arbeitslosigkeit ist eine Folge der Profitgier der Kapitalisten. So stellt selbst das bürgerliche "Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung" fest, daß die Ursache für die steigende Arbeitslosigkeit die "verstärkten Rationalisierungsmaßnahmen" sind, durch die die Kapitalisten die Ausbeutung in den Betrieben verschärfen, um noch mehr Profit aus den Arbeitern herauszupressen.

Die Aufgabe der SPD-Regierung als derzeitige Geschäftsführerin des Monopolkapitals ist es, die Folgen der Krise auf die Werktätigen abzuwälzen. Die Wirtschaftsinstitute kritisieren, daß es der Regierung nicht gelungen sei, das Lohndiktat "keine zweistelligen Lohnerhöhungen" durchzusetzen. Die Kapitalistenpresse aber bekundet Verständnis. So schreibt die FAZ: "Alle Forschungsinstitute sind sich darin einig, daß es im jetzigen Augenblick keine wirtschaftlich oder politisch risikolose Strategie gegen die Inflation gibt. Das Handelsblatt schildert die Rolle der Regierung als eines "Federgewichts, das gegen ein Superschwergewicht in den Ring steigen muß. Soll man dem leichteren Mann vorwerfen, daß er lieber das Handtuch werfen läßt, als sich und den Staat k.o. schlagen zu lassen?"

Damit ist die Katze aus dem Sack: Die Kapitalisten wissen, daß sie das Heft nicht mehr in der Hand haben. Sie sehen die gewachsene Kampfentschlossenheit und Kampfkraft der westdeutschen Arbeiterklasse. **Die Angst, daß diese gewachsene Kraft der Arbeiterklasse Vorbote der proletarischen Revolution ist, in der ihre Herrschaft gestürzt, ihr Staat zerschlagen und die Diktatur des Proletariats über die Ausbeuter errichtet wird, bestimmt das Handeln der Kapitalistenklasse und ihrer Regierung.**

GEGEN LOHNRAUB, TEUERUNG, ARBEITSLOSIGKEIT UND POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG!
VEREINIGT EUCH IM REVOLUTIONÄREN KLASSENKAMPF GEGEN DEN KAPITALISMUS UND SEINE HANDLANGER!
KÄMPFT MIT DER KPD/ML!
FÜR DIE SOZIALISTISCHE REVOLUTION!
FÜR EIN VEREINTES, UNABHÄNGIGES, SOZIALISTISCHES DEUTSCHLAND!

Grossveranstaltung der FRAP

Tod dem Faschismus!

Großveranstaltung der FRAP und der Deutsch-Spanischen Freundschaftsgesellschaft in Gelsenkirchen Hans-Sachs-Haus, Ebertstr. 15 20.4. 1974 Beginn: 18.00 Uhr

Am 20. April, 43 Jahre nach dem Sturz der spanischen Monarchie und der Errichtung der ersten Republik Spaniens, findet in Gelsenkirchen eine Großveranstaltung der Antifaschistischen, Revolutionären und Patriotischen Front (FRAP) und der Freundschaftsgesellschaft statt. Julio Alvarez del Vayo, Außenminister dieser ersten Republik, der bei der Gründungsversammlung der FRAP am 6.1.74 den Vorsitz führte, wird auf dieser Veranstaltung für die FRAP sprechen.

In der Woche vor der Großveranstaltung, am 13. und 14.4. fanden bereits kleinere Veranstaltungen der FRAP in Remscheid, Wuppertal, Düsseldorf/Neuss, Hassenwinkel, Gütersloh, Ahlen, Gelsenkirchen, Hannover, Frankfurt, Wetzlar, Lippstadt und Altendorf statt. Die Deutsch-Spanische Freundschaftsgesellschaft lud zu Veranstaltungen ein in Duisburg, Bochum Mönchen-Gladbach und Mainz.

In einer Grußadresse der KPD/ML an diese Veranstaltungen heißt es: **"Das ZK der KPD/ML entbietet dem spanischen Volk und der FRAP brüderliche Kampfesgrüße. Wir beglückwünschen die spanische Arbeiterklasse und das spanische Volk zur Proklamation der FRAP, in der alle bedeutenden Kräfte und Organisationen des antifaschistischen Kampfes und der Revolution vereint wurden zum Sturz des verhaßten Franco-Regimes und der Vertreibung seiner US-Imperialistischen Oberherren, zur Errichtung der Föderativen Volksrepublik Spanien. Aber auch zum Kampf gegen die Agenturen der Yankee-Franco-**isten, an der Spitze die Partei des Verräters Carillo, die P"C"E, die mit ihrem heuchlerischen "Pakt für die Freiheit" die Revolution und den Tod des Faschismus verhindern soll. . ." In zunehmenden Maße werden aber auch solche neorevisionistischen und trotzkistischen Organisationen wie die MCE entlarvt, die wie die Gruppe Rote Fahne Dortmund in Westdeutschland Verwirrung und Spaltung in die Reihen der Revolution zu tragen versucht und den scharfen Trennungsstrich zwischen Marxismus-Leninismus und modernen Revisionismus vertuschen will.

"Spanien wird vom US-Imperialismus im Ringen um die Vorherrschaft im Mittelmeerraum und Europa mit der anderen Supermacht, dem sowjetischen Sozialimperialismus, als Bastion benutzt. **Hauptsächlich von diesem Ringen der beiden Supermächte in Europa geht heute die Gefahr eines neuen Weltkrieges aus. Darum müssen vor allem die Völker Europas ihre Wachsamkeit und gegenseitige Unterstützung verstärken."**

Es lebe die Freundschaft zwischen dem spanischen und deutschen Volk!

Vorwärts im Geiste des proletarischen Internationalismus

– ANZEIGE –

Mitte April erscheint:
Lieder der internationalen Brigaden
Erstmalig herausgegeben von Ernst Busch, Barcelona 1938, unter dem Titel: "Canciones de las Brigadas Internacionales."
Dieses Buch enthält alle Lieder, die von den Kämpfern der Internationalen Brigaden im spanischen Bürgerkrieg gesungen wurden in den Sprachen: deutsch, spanisch, französisch, englisch, italienisch.
Mit Noten und zahlreichen Abbildungen zum Text.
18,5 x 13 cm. 150 Seiten. DM 3,50

Ende April erscheint:
Erich Weinert, Camaradas
Ein Buch über den spanischen Bürgerkrieg.
Der große deutsche Dichter Erich Weinert – selbst Kämpfer im spanischen Bürgerkrieg – erzählt in diesem Buch vom heldenhaften Kampf des spanischen Volkes gegen den Faschismus an der Front und im Hinterland, von der Solidarität der spanischen Kämpfer mit den Genossen der Interbrigaden. Ein großartiges Dokument des proletarischen Internationalismus.
Mit zahlreichen Gedichten von Erich Weinert.
19,5 x 13 cm. 330 Seiten. DM 7,50

Bestellungen an: ROTFRONT-VERLAG
23 Kiel 1, Postfach 3746
Tel.: 0431 / 21 7 58.

Westberlin:

Kampf für ein Jugendzentrum

Am 4.4. räumte ein großes Polizeiaufgebot ein seit dem 1.4. besetztes Jugendzentrum in Westberlin und den ihm angeschlossenen Kinderspielplatz. Die Polizisten gingen teilweise mit Feuerlöschern gegen die Jugendlichen vor.

Die Stadt hatte den Jugendlichen die Räume des Jugendzentrums gekündigt, nachdem ihr Versuch, unter der Führung der Jusos "fortschrittliche Jugendpolitik" zu machen, damit geendet hatte, daß die Jugendlichen die Jusos hinauswarfen. Gegen die brutale Räumung des Jugendzentrums bildeten sich bereits am selben Tag zwei Demonstrationen von 2-300 Teilnehmern. Am nächsten Tag demonstrierten 3 000. Die Solidarität der Bevölkerung mit den Jugendlichen und die Empörung gegen den Polizeiterror ist groß. So war der erste Abrißtermin eines Schöneberger Jugendzentrums vor einiger Zeit daran gescheitert, daß die Bauarbeiter sich weigerten, das Haus abzureissen.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

INDIEN: Faschistisches Gandhi-Regime foltert und mordet Revolutionäre

Freiheit für die Genossen der KP Indiens/ Marxisten - Leninisten!

Seit einigen Wochen stehen in Indien 68 Genossen der Kommunistischen Partei Indiens/Marxisten-Leninisten, darunter sechs Mitglieder des ersten Zentralkomitees der Partei, vor Gericht. Sie sind angeklagt, weil sie den revolutionären, bewaffneten Kampf der Bauern in Srikakulam 1968 – 1970 angeleitet haben. Einer der Genossen, Nagabushan Patnaik, wurde bereits einmal zum Tode verurteilt, lehnte jedoch ein Gnadengesuch an das faschistische Regime heldenmütig ab.

Der ROTE MORGEN berichtete in seinen letzten Nummern wiederholt vom Kampf der indischen Völker. Besonders der bewaffnete Kampf der Bauern wächst seit Jahren stetig an. Diesen Kampf organisiert die Kommunistische Partei Indiens/Marxisten-Leninisten auf den korrekten Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Sie schließt die werktätigen Volksschichten unter Führung der Arbeiterklasse im revolutionären Kampf zusammen. In den bewaffneten Kämpfen der Bauern in Westbengalen, Skrikakulam und anderen Teilen des Landes hat die KP Indiens/ML die Führung im Kampf gegen modernen Revisionismus und Trotzkismus errungen. In ihrem Zentralorgan ruft sie ihre Kader seit Jahren auf, den Partisanenkrieg in alle indischen Dörfer zu tragen, unter die Bauernmassen zu gehen und sie zu mobilisieren, sich mit ihnen eng zu verbinden und den bewaffneten Kampf noch besser in Gang zu bringen. Trotz schärfster Verfolgung durch die indische Reaktion, erzieht die KP Indiens/Marxisten-Leninisten die Bauernmassen im revolutionären Geist des Marxismus-Leninismus, organisiert sie den Aufbau von Partisaneneinheiten, bewaffnet sie die Bauern in vielen Gebieten. Mehrere Ausrottungs- und Einkreisungsfeldzüge des reaktionären Regimes beantworteten die Bauern unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse durch offensiven Kampf der Partisanentruppen. Hunderte von Regierungssoldaten wurden getötet, reaktionäre Großgrundbesitzer verjagt oder vom Volk gerichtet.

Diesen ständig anwachsenden, revolutionären Kampf versucht das indische Regime in einem Meer von Blut zu ersticken. Mindestens hundert Menschen wurden allein in diesem Jahr bei Demonstrationen und Streiks ermordet. In Skrikakulam etwa, wo 1970 die bewaffneten Bauerneinheiten unter Führung der Partei ein Programm für die Landverteilung aufgestellt hatten, warfen die indischen Faschisten Tausende Menschen in Konzentrationslager, Soldaten und Polizei erschossen unbewaffnete Menschen auf der Straße, verbrannten Ernten, vergewaltigten Frauen. Hunderte von Führern dieses Aufstandes sitzen seither im Gefängnis, unter ihnen die 68 Genossen, die jetzt vor Gericht gezerrt werden. Ihr Prozeß kann Jahre dauern.

Die politische Unterdrückung, der Terror der indischen Faschisten, ist unvorstellbar. Verbündet mit allen Reaktionären der Welt, vor allem mit den sowjetischen Sozialimperialisten, regiert das Ghandi-Regime noch heute mit Gesetzen, die die britischen Kolonialherren im letzten Jahrhundert gegen die Kämpfe des Volkes erlassen haben. Nach Indonesien und Chile hat Indien wahrscheinlich die größte Anzahl kommunistischer Gefangener der Welt. Allein in Westbengalen sitzen etwa 17.000 Genossen im Kerker. Seit Beginn des Generalstreiks im Bundesstaat Bihar am 16. März wurden 1.800 Menschen verhaftet. Jahrelang sitzen die Genossen in Haft, ohne daß überhaupt ein Gerichtsverfahren eingeleitet wird, das indische "Recht" gestattet den Faschisten, politische Gegner auf unbegrenzte Zeit in Vorbeugehaft zu nehmen. Die gefangenen Genossen werden gequält und gefoltert. So heißt es in einem Bericht von indischen Gefangenen: "In vielen Abteilungen gibt es einige 'gefährliche Gefangene', deren Füße 3, 6 Monate oder unbegrenzt angekettet werden... Die Gefängnisbehörden übernehmen keine Verantwortung für das Leben Gefangener. Sie erhalten eine Sonderentlassung, und werden wenige Tage, manchmal nur Stunden vor ihrem Tod, aus dem Gefängnis getragen. Nachdem der Untersuchungshäftling Roy Choudhuri trotz lebensgefährlichem Zustand zwei Jahre lang ohne ärztlichen Beistand gehalten worden war, wurde ihm im April 1972 eine Sonderentlassung gewährt – er starb am gleichen Tag..." Immer wieder kommt es zu Gefängnisrevolten gegen die unmenschlichen Foltern. Mehr als 1.000 politische Gefangene wurden zu lebenslänglichen Haftstrafen verurteilt, 12 zum Tod. Aber ihr Widerstand kann nicht gebrochen werden! Einer der zum Tod Verurteilten, Nagabushan Patnaik, schrieb nach dem Urteil: "Sie können mich physisch zerstören, aber sie können niemals meinen Glauben brechen."

Die sichere Gewißheit vom Sieg der indischen Völker über Imperialismus und Faschismus wird auch die Genossen beflügeln, die jetzt vor Gericht stehen. Sie sind heldenhafte Vorkämpfer der indischen Volksmassen. Ihr mutiger Kampf wird die Kommunistische Partei Indiens/Marxisten-Leninisten noch enger mit den Arbeitern und Bauern verbinden.

Die Kommunistische Partei Indiens/ Marxisten-Leninisten und das kommunistische Komitee von Andra Pradesh (Revolutionäre), das die Vorbereitungen des Prozesses leitet, hat alle Marxisten-Leninisten der Welt, alle Revolutionäre und fortschrittlichen Menschen zur kämpferischen Solidarität mit den angeklagten Genossen aufgerufen. Um den Prozeß finanzieren zu können – er wird etwa 100.000 Rupien kosten – hat es eine Sammlung durchgeführt.

BERICHTIGUNG:

Bei dem Bericht über das DGB-Haus auf S. 3 dieser Ausgabe, handelt es sich nicht um das DGB-Haus Kiel, sondern Neumünster.

Aus aller Welt

ALBANIEN:
Vorfristig erfüllten die albanischen Werktätigen die Aufgabe des 5-Jahr-Plans, 6.300.000 neue Obstbäume zu pflanzen. Die politische Grundlage, die diese Erfolge möglich machte, war die kämpferische Losung der Partei der Arbeit Albaniens "Die Landwirtschaft liegt im Interesse des ganzen Volkes.' Durch verschiedene Maßnahmen, die Gründung eigener Fruchtgenossenschaften, die Anlage von großflächigen Plantagen, wissenschaftliche Förderung, den Anbau von verschiedenartigen Fruchtsorten gelang es, die Produktion erheblich zu steigern. So stieg 1973 allein in den staatlichen Farmen im Vergleich zu 1960 um das 4,6-fache bei Obst, um das 11,5-fache bei Zitrusbäumen, um das 14,7-fache bei Weintrauben.

BELGIEN:
Auch in Belgien arbeiten zehntausende von ausländischen Arbeitern, davon ungefähr 50.000 sogenannte "illegal eingewanderte". 9 von ihnen begannen am 22.3. einen Hungerstreik in der Kirche von Schaarbeek. Am 1. April wurden sie auf Beschluß der belgischen Regierung und in Absprache mit den reaktionären Regierungen von Marokko und Tunesien verhaftet und ausgeliefert worden. Die KP/ML Belgiens hat dagegen in einer Erklärung des Sekretariats des Zentralkomitees protestiert. Darin heißt es unter anderem: "Das Sekretariat des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Marxisten-Leninisten Belgiens ruft alle Kämpfer und Sympathisanten, alle Arbeiter auf, mit aller Kraft die Solidarität mit den ausländischen Arbeitern zu organisieren und gegen das erneute Zeugnis der Faschisierung des Regimes zu protestieren."

JAPAN:
Über 100.000 Arbeiter, Jugendliche und Frauen aus Tokio und anderen Städten forderten am 30. März auf einer Kundgebung höhere Löhne, das Streikrecht für Angestellte im öffentlichen Dienst. Ähnliche Kundgebungen mit anschliessenden Demonstrationen fanden am gleichen Tag in 270 japanischen Städten statt.

MOCAMBIQUE:
Gegen die Bestrebungen portugiesischer Militärs, die afrikanischen Kolonien in einem "Staatenbund" zusammenzufassen und dadurch ihre imperialistische Herrschaft in Afrika aufrechtzuerhalten, hat die Befreiungsbewegung in Mocambique und Guinea-Bissao scharf protestiert. Marcelino dos Santos, stellvertretender Vorsitzender der FRELIMO, sagte dazu: "Es ist erforderlich, den Kampf fortzusetzen und die Herrschaft der Portugiesen zu vernichten."

USA:
Am 17. 3. 73 hatten die Behörden von Denver das lokale Büro der mexikanisch-amerikanischen Organisation bewaffnet überfallen, eines der Mitglieder erschossen, drei weitere verletzt und 33 verhaftet. Dagegen demonstrierten am 17.3. über 2.000 Menschen in Denver.

TÜRKEI:
In großer Eile verließ im März ein sowjetischer Spion die Türkei, nachdem er durch die türkischen Behörden entlarvt worden war. Es handelt sich um einen Offizier der sowjetischen Luftwaffe.

IRLAND: "Wir kämpfen gegen die britische Armee, nicht gegen das Volk..."

Mehr als 10.000 britische Soldaten und eine Armee von Polizisten haben in den letzten Wochen Großrazzien in Belfast, Derry und anderen Städten durchgeführt. Um das kämpfende irische Volk niederzuzwingen und einzuschüchtern, durchsuchten sie Tausende von Menschen, Wohnungen, Fahrzeugen, Kinderwagen, zählten sie Milchflaschen vor den Haustüren, um zu sehen, ob ein ' Illegaler" dort versteckt sei. Am 9. April wurden in Belfast 35 Menschen verhaftet.

Das Ergebnis dieser imperialistischen Großaktion: Null! Seit Anfang des Jahres haben die irischen Patrioten den Befreiungskampf erfolgreich vorangetrieben. In kombinierten Aktionen wurden die wichtigsten Straßen gesprengt oder blockiert, britische Militärdepots angegriffen und zahlreiche Bombenanschläge auf feindliche Stellungen durchgeführt. Die Eisenbahnlinie zwischen Dublin und Belfast ist vermint, ebenso wie das Gerichtsgebäude in Belfast. Das Bonzenviertel Bangor in Belfast ist vollkommen niedergebrannt. Mehr als 450 Soldaten wurden bereits von den Befreiungskämpfern getötet.

Die britischen Imperialisten und die irischen Verräter versuchen, diese Erfolge des Volksbefreiungskampfes totzuschweigen, ihre eigenen Verbrechen zu vertuschen. "Die Terroristen sind niedergerungen" – das verkünden sie immer wieder. "Waffentransporte aufgefangen – irische Terroristen ohne Waffen und Munition" behaupteten sie in den letzten Wochen. Die Wahrheit sieht anders aus! Ein Sprecher des britischen Kommandos in Belfast mußte vor kurzem eingestehen, daß die Befreiungskämpfer ausgezeichnet bewaffnet sind – mit modernsten Waffen, die in den Depots der britischen Besatzertruppen erbeutet wurden. Die Kampfmoral der britischen Soldaten ist zersetzt. Nur in Trupps und schwerbewaffnet wagen sie sich auf die Straße. Sie erschießen wehrlose Zivilisten, plündern und foltern in den Konzentrationslagern. Der neue britische Ministerpräsident Wilson – derselbe, der in seiner letzten Amtsperiode die britische Invasion in Irland vorantrieb – versuchte in den letzten Tagen, mit Geschwätz von "politischen Lösungen" das irische Volk zu täuschen und die Wachsamkeit der Patrioten einzuschläfern. "Die restlichen 400 irischen Internierungshäftlinge sollen freigelassen werden, um den guten Willen der Regierung zu beweisen", verkündete der britische Minister Rees.

In Wahrheit sind allein im KZ Maze mehr als 1.300 Freiheitskämpfer unter den unmenschlichsten Bedingungen eingekerkert, die meisten ohne Gerichtsverfahren. Das ist der "gute Wille" des Harold Wilson!

Die irischen Patrioten haben die Antwort auf diese Unverschämtheiten bereits gegeben. Immer häufiger explodieren Bomben auch an Militärdepots und anderen wichtigen Stellen in England. Der Kampf um Irlands Freiheit wurde auf England hinübergetragen. Die üble Hetze der britischen Imperialisten, die ihre eigenen Verbrechen mit Lügen über die Patrioten weißwaschen wollen, daß die Freiheitskämpfer "unschuldige Menschen" töteten, haben die irischen Patrioten zurückgewiesen und die blutigen Verbrechen des britischen Imperialismus entlarvt: **"Wir nehmen auf das Leben der Zivilbevölkerung Rücksicht. Wir bezahlen einen hohen Preis dafür. Dadurch, daß wir vor jedem Bombenanschlag Warnungen geben, damit das Gebiet geräumt werden kann, gefährden wir unsere Freiwilligen!:. Daß ausgerechnet die Briten das immer wieder verdrehen! Schließlich haben sie, die so laut über die Grausamkeit des Bombenkrieges zetern, Dresden und Hamburg auf dem Gewissen, Hunderttausende von Frauen und Kindern vorsätzlich mit Brandbomben und Splitterbomben abgeschlachtet. Wir kämpfen gegen die britische Armee, nicht gegen das Volk..."**

Der verstärkte Terror der britischen Besatzertruppen hat den Kampf des irischen Volkes nicht niedergerungen. Die irischen Patrioten unterstrichen in einer Erklärung, daß sie niemals die Waffen vor den britischen Besatzern und den Machenschaften der Landesverräter strecken werden. Sie haben sich die Aufgabe gestellt, ihr Vaterland zu befreien und werden ihren Befreiungskampf weiter verstärken, bis zur restlosen Zerschlagung der britischen Besatzer.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
Das 1. Programm	
13.00 - 13.30	32 und 41 Meter
16.00 - 16.30	32 und 41 Meter
19:00 - 19.30	32 und 41 Meter
Das 2. Programm	
14.30 - 15.00	32 und 41 Meter
18.00 - 18.30	32 und 41 Meter
21.30 - 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
Das 3. Programm	
6.00 - 6.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)
23.00 - 23.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1.400 khz (Mittelwelle!)
206 Meter entspricht 1.456 khz.



RADIO PEKING

19.00 - 19.30 Immer: 43,7 – 42,8
21.00 - 22.00 und 26,2 Meter

Fortsetzung von Seite 1

Erklärung des ZK der KPD/ML

VERTEIDIGT DEN MARXISMUS - LENINISMUS!

Heute wissen wir, wer die Urheber der "Kritik an Stalin" waren und wohin ihr Weg geführt hat: die Diktatur des Proletariats wurde gestürzt, und die Sowjetunion in eine imperialistische Supermacht verwandelt, die dem USA-Imperialismus an Aggressivität und Gefährlichkeit heute in nichts mehr nachsteht.

Welche Klasseninteressen auch heute noch hinter den Angriffen auf Stalin stehen, das konnte jeder Revolutionär bei dem Hochjubeln des Antikommunisten Solschenizyn erkennen. Die bürgerliche Zeitung "Frankfurter Rundschau" stellte dem trotzkistischen Häuptling Mandel eine ganze Seite zur Verfügung, um die alten trotzkistischen Lügen über die revolutionäre Politik Stalins zu verbreiten und Solschenizyns Angriffe auf die Politik Lenins und Stalins "kritisch zu würdigen".

Genau in die gleiche Richtung, nur im Gewand des Kommunismus versteckt, gehen die unverschämten Angriffe, die die Führer der Gruppe Rote Fahne gegen Stalin vorbringen.

"Die KPdSU folgte aber nicht mehr Lenins Lehre über das Fortbestehen von Klassen und Klassenkampf in der proletarischen Diktatur. In dieser Zeit erlag Stalin dem Irrtum, die alte herrschende Klasse sei endgültig besiegt und es gäbe im Inneren des Landes keine grundlegenden Widersprüche mehr, keine Klassen, keine Fortführung des Klassenkampfes. Widersprüche im Volk wurden stattdessen ausschließlich als Widersprüche zum Feind, begangene Fehler als Sabotage behandelt, Allmählich bildete sich ein Stamm von Funktionären heraus, die ihre Privilegien über die Interessen der Arbeiterklasse stellten und so ein leichtes Opfer des Einflusses der alten herrschenden Klasse wurden..." (Programmentwurf der GRF S.13).

Wenn die Führer der GRF die Behauptung aufstellen, Widersprüche im Volk wären ausschließlich wie die zu Feinden und begangene Fehler wie Sabotage behandelt worden, dann heißt das im Klartext nichts anderes als "Stalin hat das Volk wie einen Feind behandelt, er war ein Diktator über das Volk." Eine andere Erklärung lassen diese Programmäußerungen nicht zu. Hier sehen wir, in welche Reihe sich die Führer der GRF mit ihrer Kritik an Stalin eingereiht haben: in die Reihe der Imperialisten, Sozialdemokraten, Trotzkisten, modernen Revisionisten und Antikommunisten vom Schlage Solschenizyn und ähnlichen Gelichters.

Besonders unverschämt wird es, wenn die GRF-Führer gelegentlich den Eindruck zu erwecken versuchen, sie stützten sich bei ihrer Kritik an Stalin auf die Kritik der chinesischen Genossen. Tatsache aber ist, daß zwischen diesen beiden Arten der Kritik ein Abgrund klafft; denn die chinesischen Genossen haben in der Polemik über die Generallinie der kommunistischen Weltbewegung Fehler Stalins 'zu gewissen Zeiten" "in gewissen Fragen" kritisiert. Immer aber haben die chinesischen Genossen ebenso wie die PAA und alle anderen marxistisch-leninistischen Parteien, die revolutionäre Politik Stalins als das Wesentliche hingestellt und das große Werk Stalins verteidigt. Die GRF-Führer verteidigen aber nicht die revolutionäre Politik Stalins, sie verschweigen völlig die großartigen Leistungen dieses Klassikers des Marxismus-Leninismus und versuchen seine Politik in den Schmutz zu ziehen.

Es ist die Aufgabe aller Kommunisten und ehrlichen Revolutionäre, die revolutionäre Linie Stalins zu verteidigen. Tretet mit aller Macht jenen entgegen, hinter welcher Fahne sie sich auch verstecken, die Stalins Politik und die Sache der Revolution und des Sozialismus in den Schmutz ziehen. Halten wir uns an die Weisung Enver Hoxhas, mit der er den chruschtschowschen Revisionisten entgegentrat:

"Wir müssen das gesamte unsterbliche und wertvolle Werk Stalins in Schutz nehmen. Wer es nicht schützt, ist ein Opportunist und Feigling."
(Rede in der Moskauer Beratung 1960, Geschichte der PAA, S. 498).

Die Führer der GRF geben sich aber nicht mit den Angriffen auf die revolutionäre Politik Stalins zufrieden, sondern führen ihn gleichermaßen gegen die gesamte internationale kommunistische Bewegung. Mit der Behauptung, die internationale kommunistische Bewegung habe kein Programm, starten sie einen hinterhältigen Angriff auf das vorhandene Programm der kommunistischen Weltbewegung, auf die Ideen und Prinzipien des Marxismus-Leninismus. Stellen wir zunächst einmal fest, daß die KP Chinas, die PAA und die anderen marxistisch-leninistischen Parteien zur Frage des Programms der kommunistischen Weltbewegung eine ganz andere Auffassung haben. Obwohl in den Erklärungen von Moskau (1957 und 1960) einge[i] falsche Einschätzungen über den XX. Parteitag der KPdSU enthalten sind – die KP Ch und die PAA waren hier anderer Meinung, machten aber im Interesse der Einheit der kommunistischen Weltbewegung, um den chruschtschowschen Revisionisten keinen Vorwand zur Spaltung zu geben, in dieser Frage einen Kompromiß – stellten die albanischen Genossen fest:

"Trotzdem konnte die Moskauer Deklaration des Jahres 1957 im allgemeinen dem revisionistischen Kurs des XX. Parteitages entgegengestellt werden und bedeutete einen Sieg der revolutionären marxistisch-leninistischen Kräfte. Sie war ein gemeinsames militantes Programm der kommunistischen und Arbeiterbewegung im Kampf gegen Imperialismus und Revisionismus." (Geschichte der PAA, S. 464).

Auch mit dem Vorwurf, die Erfahrungen der kommunistischen Weltbewegung seien nicht analysiert und zusammengefaßt worden, stehen die GRF-Führer eindeutig im Widerspruch zur Einschätzung der PAA:

"In diesen beiden Dokumenten werden die großen revolutionären Prozesse, die im Laufe der letzten Jahrzehnte in der Welt stattfanden, auf der Basis des Marxismus-Leninismus wissenschaftlich analysiert, die Erfahrungen der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung verallgemeinert und die grundsätzlichen Stellungen und die gemeinsamen Aufgaben aller Kommunisten für die wichtigsten Fragen des heutigen Weltverlaufs festgesetzt."
(Die marxistisch-leninistische Ideologie wird über den Revisionismus siegen, Tirana 1964, S. 247).

Genauso hat die KP Ch diese beiden Deklarationen eingeschätzt.

"In diesen beiden Dokumenten werden die Besonderheiten unserer Zeit und die allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus aufgezeigt, die gemeinsame Linie der kommunistischen und Arbeiterparteien festgelegt. Diese Deklarationen sind das gemeinsame Programm der internationalen kommunistischen Bewegung." (Polemik über die Generallinie Peking 1965, S.4) Jeder Kommunist und aufrechter Revolutionär kann sich vorstellen, welch beispiellosen Kampf die chinesischen, albanischen und anderen marxistisch-leninistischen Genossen auf diesen Konferenzen geleistet haben, wenn es ihnen gelang, die revisionistischen Theorien der KPdSU-Führung zurückzuweisen, trotz unverhüllten Drucks und aller Erpressungsversuche der chruschtschowschen Führung und der offenen Unterstützung des revisionistischen Verrats durch eine Reihe anderer Parteien, die selbst ins Lager des Revisionismus und der Kapitulation vor dem Imperialismus hinüberwechselten.

Nur wer von den revolutionären Prinzipien des Marxismus-Leninismus nichts hält und verächtlich vom "Abschreiben chinesischer Positionen" spricht, nur wer versucht, die Prinzipien des Marxismus-Leninismus mit dem modernen Revisionismus und Trotzkismus zu vermischen, nur für den sind der vorbildliche Kampf der PAA und der KP Chinas ohne Bedeutung. Der hält es auch für bedeutungslos, daß es den korrekten marxistisch-leninistischen Parteien gelungen ist, gegen die breite Front des sich herausbildenden modernen Revisionismus die revisionistischen Theorien des XX. Parteitags der KPdSU zurückzuweisen.

In den Deklarationen wurde u.a. festgelegt, daß wir nach wie vor in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, der Epoche der sozialistischen Revolution und der nationalen Befreiungsbewegungen, der Epoche des Triumphes des Sozialismus und Kommunismus im Weltmaßstab leben. Weiter wird festgestellt, daß sich an der Natur des Imperialismus nichts geändert hat, daß er nach wie vor die Ursache der aggressiven Kriege bildet.

Wer ohnehin keinen korrekten Kampf gegen den modernen Revisionismus führt, hält es natürlich auch für nebensächlich, wenn in den Deklarationen der chruschtschowschen These, der "moderne Revisionismus sei endgültig erledigt", unmißverständlich entgegengehalten wird, daß der moderne Revisionismus nach wie vor die Hauptgefahr in der internationalen Arbeiterbewegung ist. Nur wer vorgibt, sorgfältig untersuchen zu wollen, um in Wirklichkeit den antirevisionistischen Kampf zu sabotieren, wird bei der auf den Beratungen getroffenen allgemeinen Feststellung, daß die Quellen des modernen Revisionismus in Einflüssen der bürgerlichen Ideologie und der Kapitulation vor dem Imperialismus liegen, gleich ins Geschrei "Keine Analyse, nicht wissenschaftlich" usw. ausbrechen.

Seitdem die Rede des Genossen Enver Hoxha, die er auf der Moskauer Beratung 1960 hielt, auch in deutscher Sprache erschienen ist, kann sich jeder Genosse ein Bild davon machen, wie konsequent hier der Marxismus-Lenninismus gegen den modernen Revisionismus verteidigt wurde. Jeder kann sich anhand des Vorschlages der chinesischer Genossen, die in allen wesentlichen Fragen des Kampfes gegen Imperialismus und Revisionismus mit den albanischen Genossen übereinstimmen, davon überzeugen, wie sehr die GRF-Führer mit ihrem Geschrei von den "seit 1935 ungelösten wichtigen programmatischen Fragen" in Wirklichkeit die internationale Generallinie der kommunistishen Weltbewegung und die große Polemik gegen den modernen Revisionismus herabwürdigen wollen.

Die abfällige Einschätzung der GRF-Führer gegenüber den Ergebnissen der Moskauer Beratungen, des von der KP Chinas, der Partei der Arbeit Albaniens und allen marxistisch-leninistischen Parteien geführten Kampfes gegen den modernen Revisionismus entlarvt die ganze Feindschaft der GRF-Führer gegen die wahren Marxisten-Leninisten. Ihnen schieben sie letztlich die Schuld für die revisionistische Entartung in die Schuhe: ihre Fehler (mangels Analyse und Zusammenfassung der Erfahrungen) hätte die revisionistische Entartung kommunistischer Parteien verursacht.

Mit dieser unverschämten Behauptung betreiben die GRF-Führer eine systematsiche Verwirrung zwischen den konsequenten Verteidigern des Marxismus-Leninismus und seinen ärgsten Feinden, den modernen Revisionisten. Das ist die gleiche Methode, mit der sie seit ihrer Gründung die KPD/ML und ihre revolutionäre Politik verleumden. Indem sie in den wesentlichen Fragen der proletarischen Revolution systematisch Verwirrung stiften, leisten die GRF-Führer nicht nur den modernen Revisionisten, und den Trotzkisten Schützenhilfe, sie zielen gleichzeitig darauf ab, Abweichungen vom korrekten Programm der kommunistischen Weltbewegung, die den Arsenalen des modernen Revisionismus und des Trotzkismus entnommen sind, als Lösungen der "seit 1935 ungelösten Fragen" ausgeben zu können, wie sie es mit der Verleumdung der revolutionären Politik Stalins bereits offen gemacht hat.

Den Gipfel der Täuschung erreichen die GRF-Führer allerdings, wenn sie gleichzeitig mit der beispiellosen Herabsetzung des vorbildhaften Kampfes der KP Ch und der PAA für sich selbst in Anspruch nehmen: "Die KPD hat seit ihrer Gründung konsequent gegen den modernen Revisionismus gekämpft." In Wirklichkeit bestand dieser angebliche Kampf in der konsequenten Verwischung des unversöhnlichen Gegensatzes von Marxismus-Leninismus und modernem Revisionismus.

Angesichts der immer unverschämten werdenden Angriffe der GRF-Führer auf die gesamte kommunistische Weltbewegung ruft das ZK der KPD/ML alle Genossen und Sympathisanten der Partei auf, diesen Angriffen, wo immer sie von den GRF-Führern vorgebracht werden, entgegenzutreten. Gleichzeitig rufen wir die ehrlichen Genossen der GRF und ihrer Massenorganisationen auf: Führt einen beharrlichen Kampf zur Verteidigung des Marxismus-Leninismus gegen die Verleumdungen und Entstellungen Eurer Führer. Stützt Euch in diesem Kampf fest auf die Stellungnahmen der wahrhaft kommunistishen Parteien, der KP Chinas, der PAA und der anderen marxistisch-leninistischen Parteien. Nehmt zur Klärung von Fragen und zur Führung dieses Kampfes Verbindung mit der KPD/ML auf. Sie wird Euch in Eurem Kampf nach Kräften unterstützen. Nur wenn Ihr die antikommunistischen Angriffe Eurer Führer zurückschlagt, erfüllt Ihr Eure Pflicht als Revolutionäre und Kommunisten.

VERTEIDIGT DEN MARXISMUS-LENINISMUS!

IM KAMPF GEGEN DEN MODERNEN REVISIONISMUS UND TROTZKISMUS DIE EINHEIT ALLER MARXISTEN-LENINISTEN IN DER KPD/ML HERSTELLEN!



HERAUS ZUM ROTEN 1.MAI!

"Heraus zum Roten 1. Mai" – dazu ruft die KPD/ML auch in diesem Jahr die Arbeiter und die anderen Werktätigen auf. Nach den Klassenkämpfen in diesem Jahr, wo sich für viele Arbeiter und andere Teile des Volkes die Frage nach dem Ausweg aus diesem System der Lohnsklaverei und der politischen Unterdrückung schärfer stellte, ist die Bereitschaft zur Teilnahme an den Roten 1. Mai-Demonstrationen gewachsen.

Um so lauter schreien die Bonzen des DGB-Apparats und die modernen Revisionisten der D'K'P von Spaltern und Sektierern, beschwören sie die klassenkämpferischen Arbeiter, doch an die Einigkeit und Stärke der Arbeiterklasse zu denken und auf die Kundgebungen des DGB zu kommen.

Jawohl. Die Arbeiterklasse muß einig und stark sein. Sie muß so einig und stark sein, daß sie imstande ist, in der sozialistischen Revolution ihre Unterdrücker zu besiegen und der Herr in einem neuen, einem vereinten, unabhängigen und sozialistischen Deutschland zu sein.

Diese, die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse ist allerdings nur gegen den DGB-Apparat, gegen die modernen Revisionisten von der D'K'P, diese Agenturen des Kapitals in der Arbeiterbewegung herzustellen.

Denn sie, die nicht oft genug die Einheit der Arbeiter im Munde führen können, sind es doch, die die Arbeiterklasse spalten, indem sie den Geist der Klassenversöhnung in ihre Reihen tragen, und mit allen Mitteln versuchen, die Arbeiterklasse an den Imperialismus zu fesseln.

Die "Einheit der Klassen", die der DGB mit seinen Sprüchen wie "Wir sitzen alle in einem Boot", mit der Mitbestimmung usw. propagiert, gibt es nicht und kann es nicht geben. Es gibt nur den unversöhnlichen Klassenkampf, entweder auf der Seite des Kapitals oder auf der Seite der Arbeiterklasse. Der DGB-Apparat steht dabei auf der anderen Seite der Barrikade, er ist ein Unterdrückungsinstrument des Kapitals. Oder soll es etwa der Einheit der Arbeiterklasse dienen, wenn fortschrittliche und kommunistische Arbeiter auf Betreiben der DGB-Bonzen und der D'K'P-Revisionisten aus den Betrieben geworfen werden, wenn sie mit der Polizei und der Klassenjustiz zusammen gegen klassenkämpferische Arbeiter vorgehen, wie in Kiel, wie bei Hoesch, bei Mannesmann usw.?

Wer spaltet denn die Arbeiterklasse – die, die sie aufrufen, zu diesem DGB-Apparat einen scharfen Trennungsstrich zu ziehen und den revolutionären Zusammenschluß der Mitglieder gegen den Apparat in der Revolutionären Gewerkschaftsopposition propagieren, wie die KPD/ML es tut – oder die modernen Revisionisten von der D'K'P, die die Arbeiter auch noch zur Unterstützung und zur Stärkung dieses Unterdrückungsinstrumentes aufrufen?

Die D'K'P selber ist der hauptsächliche Spalter in der Arbeiterbewegung. Denn da, wo die Erfahrungen der Geschichte der Arbeiterbewegung beweisen, daß es nur einen Weg zum Sozialismus gibt, den Weg der bewaffneten Revolution und der Errichtung der Diktatur des Proletariats, da treten sie auf und schlagen einen zweiten Weg vor, den Weg der Reformen. Friedlich, durch die Zurückdrängung der Macht der Monopole, sei der Kapitalismus zu stürzen, sagen sie und wollen die Arbeiter erneut auf diesen Weg der sicheren Niederlage der Revolution führen, indem sie behaupten, diese Politik sei kommunistisch.

Aber es gibt keine zwei Sorten Kommunismus, es gibt keine zwei Wege, auf denen die Arbeiter ihre Befreiung erlangen können. Es gibt allein den Weg des unversöhnlichen Klassenkampfes, den Weg der sozialistischen Revolution. Damit die Arbeiterklasse auf diesem Weg geeint und stark marschieren kann, muß eine scharfe Trennungslinie gezogen werden zu den Handlangern der Kapitalisten.

Nieder mit dem arbeiterfeindlichen, imperialistischen DGB-Apparat!

Nieder mit der D'K'P/'S'EW – den schlimmsten Feinden in der Arbeiterbewegung, den Verrätern am Kommunismus!

Heraus zum roten 1. Mai!

Angehörige politischer Gefangener geben Pressekonferenz

ISOLATIONSFOLTER IST MORD!

Eltern, Geschwister und andere Angehörige von 17 politischen Gefangenen traten am 10. 4. vor dem Justizministerium in Düsseldorf in den Hungerstreik, um gegen die totale Isolierung von Ulrike Meinhof und Gudrun Ensslin im "toten Trakt" zu protestieren. Auf einer Pressekonferenz in Düsseldorf entlarvten sie die unmenschlichen Folterungen, denen die Genossen in Haft ausgesetzt sind. Den Lügen von Polizei, Justiz und Justizministerium hielten sie die Wahrheit gegenüber: Die Wahrheit, daß die Haftbedingungen der politischen Gefangenen nicht etwa erleichtert, sondern verschärft wurden. Ulrike Meinhof und Gudrun Ensslin sind seit dem 5. Februar im "toten Trakt" des Gefängnisses Köln-Ossendorf vollkommen isoliert. Im gleichen Gefängnis saß auch Astrid Proll über sechs Monate. Wegen lebensgefährlicher Kreislaufkrankheiten – Ergebnis der Isolationsfolter – mußte Genossin Astrid inzwischen freigelassen werden. Eine weitere Gefangenschaft oder den geplanten Prozeß hätte sie nicht überleben können. Die Angehörigen der Genossen haben einen Hungerstreik angekündigt, wenn Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof nicht bis zum 10. April aus dem "toten Trakt" verlegt werden.

Eine kahle Zelle, Wände und die wenigen Möbel eintönig mit weißer Farbe gestrichen; das Fenster zugemauert, sodaß kaum Licht von außen eindringt; Tag und Nacht brennt eine weiße Neonröhre; die Mauern schallisoliert, sodaß kein Laut hereindringt; in solchen Käfigen sind Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof eingekerkert. Sämtliche anderen Zellen des "Toten Trakt" sind leer. Bilder aufzuhängen, ist verboten – das Auge findet keinen Anhaltspunkt im öden Weiß der Zelle. Das Gefühl für Tag und Nacht, das Zeitgefühl, schwindet. Beim Duschen, beim Hofgang – immer sind die Gefangenen allein – bis auf die Polizeibüttel. Zwei Beamte mit entsicherten Maschinengewehr folgen z.B. Andreas Baader täglich beim Hofgang. Ein Stolpern wäre "Fluchtversuch" – und bei Fluchtversuch wird scharf geschossen. Nur Rechtsanwälte und engste Verwandte können in kurzen Besuchen mit den Gefangenen sprechen. Und selbst diese Gespräche versuchen die Polizeischergen mit allen Mitteln zu verhindern: Die Rechtsanwälte werden schikaniert und bis auf die Unterwäsche durchsucht, ehe sie zu ihren Mandanten vorgelassen werden. Bei den kurzen Besuchen der Angehörigen protokollieren politische Polizisten jedes Wort mit.

Mit Isolationshaft sollen mehr als achzig politische Gefangene gesundheitlich ruiniert, vernichtet werden. "Auf die Dauer ist ein solcher Zustand tödlich" heißt es in einem ärztlichen Gutachten über die Isolationshaft. Monika Berberich und Astrid Proll sind bereits lebensgefährlich erkrankt. Das Leben von Katharina Hammerschmidt der im Gefängnis jede ärztliche Hilfe verweigert wurde, kann nur noch verlängert, nicht mehr gerettet werden. Nicht anders als in faschistischen Regimes – durch Isolationshaft wurden etwa in Brasilien hunderte Freiheitskämpfer ermordet – foltert die Bourgeoisie auch in der Bundesrepublik und Westberlin, versucht sie, Revolutionäre umzubringen. "Das alles geschieht, um die Gesellschaft vor ihrem Sohn zu schützen. Auch Sie sind doch Teil der Gesellschaft" – mit diesen zynischen Worten verhöhnten die Gefängnisbeamten die Mutter von Andreas Baader, als sie gegen die Folter protestierte.

Aber nicht das Volk soll durch diese Folterungen "geschützt' werden, sondern die Diktatur der Bourgeoisie über das Volk. Die Zeitung "le monde" berichtete, daß die US-Imperialisten diese langsame, "stille" Form des Mordes gegen des Befreiungskampf der Völker einsetzten. Die westdeutschen Imperialisten haben die Isolationsfolter dankbar übernommen, systematisch erprobt und "verfeinert". Die Universität Hamburg und das Gefängnis Hamburg-Eppendorf stellen in staatlichem Auftrag Untersuchungsarbeiten an über das menschliche Verhalten unter strengster Isolation. Leiter dieser "wissenschaftlichen Forschungen" ist Jan Gross, der schon Untersuchungen im Auftrag der Militärs durchführte. Einer seiner engsten Mitarbeiter nahm an einer Spezialistentagung der NATO teil. Kaum lagen die Ergebnisse der Untersuchungskommission vor, wurden die neuen Gefängnisbauten "wissenschaftlich" gebaut: Mit Betonsichtblenden vor den Fenstern, ausgerichtet auf Isolationshaft. Der bürgerliche Staatsapparat, die Militärmaschinerie der Imperialisten, die bürgerliche "Wissenschaft' im reaktionärsten Kampf gegen das Volk verbündet. Die bürgerliche Presse reiht sich ein in dieses Komplott: Gedruckt wird, was die Polizei will", so prangerten die Angehörigen der eingekerkerten Genossen die Zeitungen der Bourgeoisie an. Lügen und Fälschungen, wie etwa die angeblichen "Befreiungspläne", die im "Stern" veröffentlicht wurden.

Aber der Kampf gegen diesen Terror wächst! Seit über einem Monat protestieren vor dem Justizministerium in Düsseldorf täglich fortschrittliche Menschen gegen die Isolationsfolter, für die Auflösung des "toten Trakts" Aus aller Welt werden Protesterklärungen abgeschickt: Fortschrittliche Menschen und Revolutionäre in der DBR organisieren sich im Kampf gegen die Klassenjustiz, gegen die unmenschlichen Bedingungen in den Gefängnissen in der "Roten Hilfe". Daß die engsten Verwandten der gefangenen Genossen sich dieser breiten Bewegung anschließen, ist ein weiterer Ausdruck für den großartigen Aufschwung des Kampfes gegen politische Unterdrückung. Ihr Hungerstreik zeigt, daß auch kleinbürgerliche Schichten die zunehmende politische Unterdrückung erkennen und dagegen den Kampf aufnehmen.

Westberlin

Terrorurteile gegen Revolutionäre

Im Westberliner Prozeß gegen sechs angebliche Angehörige der Roten Armee Fraktion stellte die bürgerliche Klassenjustiz ihre Strafanträge: Oberstaatsanwalt Severin forderte 12 Jahre Gefängnis für Monika Berberich, je zehn Jahre für Brigitte Asdonk, Hans-Jürgen Bäcker und Eric Grusdat, sowie – unter Einbeziehung früherer Urteile – 13 Jahre für Ingrid Schubert und 8 Jahre für Irene Georgens.

Seit über drei Jahren werden die Genossen Monika Berberich, Brigitte Asdonk, Hans-Jürgen Bäcker und Eric Grusdat bereits in Haft gehalten, ohne daß bisher ein Urteil gegen sie gefällt worden ist. Der Prozeß selbst dauerte 16 Monate – 115 Prozeßtage.

3 Jahre Untersuchungshaft, ein Mammutprozeß von 16 Monaten sind nicht etwa Ergebnis der Veralterung des Justizwesens, wie vielfach behauptet wird, sondern bewußte Methode eines auf Vordermann gebrachten Justizapparates der Bourgeoisie: Völlige Isolierung der Angeklagten von der Außenwelt, ständige Verzögerung des Prozesses sollten die Angeklagten mürbe machen und die Wachsamkeit der Öffentlichkeit gegenüber diesen politischen Prozessen einschläfern.

Denn Kernpunkt auch dieses Prozesses gegen sechs angebliche Mitglieder der Roten Armeefraktion ist für die bürgerliche Klassenjustiz revolutionäre Gewalt gegen die bestehende Herrschaft der Bourgeoisie als kriminell abzustempeln. So sprach auch der Staatsanwalt in seinem 5-stündigen Plädoyer von einem besonders schweren Fall von krimineller Vereinigung: ' Sie alle hatten sich in kaum überbietbarem Maße der Gewalt verschrieben". "Noch Im Prozeß haben Sie zu erkennen gegeben, daß Sie auch fernerhin zur rücksichtslosen Gewaltanwendung entschlossen sind."

Die wütenden Angriffe des Staatsanwaltes zeigen, wo die Bourgeoisie zutiefst getroffen fühlt, wovor sie sich am meisten fürchtet: Daß das Volk mit revolutionärer Gewalt die Terrorherrschaft der Bourgeoisie hinwegfegt.

Das ist allerdings auch der Punkt, wo wir die Genossen der Roten Armeefraktion entschieden kritisieren: Nicht das individuelle Vorgehen von Einzelkämpfern – und seien sie noch so mutig – kann den Sturz der Bourgeoisie herbeiführen, sondern einzig die geballte Faust des ganzen Volkes unter der Führung des Proletariats und seiner marxistisch-leninistischen kommunistischen Partei.

In geduldiger Arbeit das ganze Volk in seinem Kampf gegen den gemeinsamen Feind zusammenschließen, alle Ströme des Kampfes zu einem einzigen breiten Strom vereinen und gegen den Feind, die Bourgeoisie und ihren Staatsapparat richten – das ist die Aufgabe eines jeden Revolutionärs. Trotz dieses Fehlers gehört den Genossen, die vor den Schranken des bürgerlichen Klassengerichts mutig für die Sache der Revolution eintreten, unsere uneingeschränkte Solidarität.

Gegen fortschrittliche und kommunistische Lehrer

Gesinnungsterror von Staat und GEW-Apparat

Vor einigen Wochen ist in Hamburg der Referendar St. J. aus seinem Seminar und seiner Schule versetzt worden. Er hatte als Kommunist einer Reihe seiner Kollegen im Seminar und an seiner Schule erklären können, daß es keinen Sinn hat, allein für die Reform der tausende von kleinen und großen Mißstände zu kämpfen, auf die der Lehrer bei seiner Arbeit stößt.

Was nützt es z.B., wenn der Lehrer selbst sich die größte Mühe gibt bei seinem Unterricht und hinterher – wie in Stefans 9. Abschlußklasse ganze 3 von 20 Schülern eine Lehrstelle finden? Nein, die Schule ist im Kapitalismus ein Instrument der Kapitalisten – die die Kinder gerade so weit ausbildet, wie es die Kapitalisten gerne möchten die die Kinder zu Egoismus, zu Individualismus und Konkurrenzdenken erzieht und sie so vom revolutionären Klassenkampf abhalten soll. Wer als Lehrer das Beste für seine Kinder will, der muß sich auf die Seite der Arbeiterklasse stellen und für das gesellschaftliche System kämpfen, das allein eine Ausbildung im Sinne des Volkes garantiert: Die Diktatur des Proletariats.

Als die Kollegen Stefans von seiner Strafversetzung, die nichts als ist Gesinnungsterror, erfuhren, stellte sich die Mehrheit im Seminar hinter ihn. Sie und auch die Schüler Stefans haben den Aufbau eines Informationsstandes unterstützt, der die sozialistische Schule in China und Albanien zeigte und die Bevölkerung der mit Partei und ihrem Kampf gegen die politische Unterdrükkung durch den kapitalistischen Staat bekanntmachte.

Mit Radikalenerlassen und Berufsverboten hat schon seit geraumer Zeit eine große Säuberungswelle unter den Lehrern eingesetzt. Angesichts der grossen Empörung nicht nur unter den Lehrern selbst, sondern auch bei großen Teilen der Eltern, sind auch die DGB-Gewerkschaften, vor allem die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft gegen die Berufsverbote aufgetreten.

Aber was sie Kampf gegen die Berufsverbote nennen ist in Wirklichkeit nichts als eine Unterstützungsaktion des kapitalistischen Staates. So heißt es in einem Beschluß, den der Hauptvorstand der GEW am 17.2. in Hamburg faßte, daß fortschrittliche und kommunistische Lehrer und Erzieher, die nicht auf dem Boden des Grundgesetzes stehen und für die Diktatur des Proletariats kämpfen, aus der GEW auszuschließen sind, weil sie sich gewerkschaftsschädigend verhalten.

Was ist da der Unterschied zwischen der Gesinnung, die die GEW von ihren Mitgliedern verlangt und den Vorschriften des kapitalistischen Staates selber? Ja, diese Ausschlußverfahren der GEW sind direkte Vorarbeiten für die Entlassung von Lehrern aus dem Schuldienst. Denn ist per Gewerkschaftsausschlußverfahren bewiesen, daß sie nicht auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, so dürfen sie nach dem Beamtengesetz nicht mehr Lehrer sein.

Aber die GEW stößt mit ihrem Ausschlußterror auf den gleichen Widerstand wie auch der kapitalistische Staat mit seinem Gesinnungsterror. In Bochum protestierten Teilnehmer der Monatsversammlung für April in einer Erklärung gegen den angedrohten Ausschluß eines Mitgliedes und gegen die Auflösung ihres Solidaritätskomitees 'Gegen Berufs- und Ausbildungsverbote'. In Gießen erschien GEW-Boss Frister selbst auf einer Mitgliederversammlung, um den reaktionären Beschluß gegen die empörten Mitglieder durchzusetzen. Er wurde allerdings schon bei seiner Einleitungsrede dauernd von Zwischenrufen unterbrochen und versuchte, sich in der Diskussion schließlich mit solchen Lügen aus der Affaire zu ziehen wie: Er wisse gar nichts über den Hamburger Beschluß. Woraufhin ihm ein GEW-Kollege allerdings ein Rundschreiben darüber unter die Nase halten konnte, das Frister selbst unterschrieben hatte.

Diese Machenschaften der Bonzen werden allerdings nur noch mehr dazu beitragen, daß die Lehrerkollegen erkennen, daß hier mit allen Mitteln versucht werden soll, die Aufgabe, die die DGB-Gewerkschaft GEW als Unterdrükkungsinstrument des Kapitals hat, durchzusetzen.

TRAUNSTEIN: ACHT MONATE FÜR ANTIMILITARISTISCHEN KÄMPFER

Vier Wochen Jugendstrafe erhielten im letzten Sommer die Genossen Forster und Dahlmann, weil sie angeblich vor bayrischen Kasernen das antimilitaristische Flugblatt der Partei: "Dreht die Gewehre um" verteilten. Schon damals gab das Gericht zu verstehen, daß es viel lieber ein höheres Urteil verhängt hätte. Aber der offensive Kampf der Partei gegen diesen Prozeß, das mutige Auftreten der angeklagten Genossen zwangen die Klassenjustiz zum Rückzug. Doch die Bourgeoisie ruht nicht, wenn sie eine Niederlage eingesteckt hat. Schon nach der Urteilsverkündung im Sommer drohte der Staatsanwalt, er werde nicht rasten, ehe die beiden Genossen nicht mindestens zu einem Jahr Gefängnis verurteilt sind, und legte Berufung ein.

Der Berufungsprozeß fand am 10. April in Traunstein statt. Und diesesmal schlug das Gericht der Bourgeoisie brutaler zu: Das erste Urteil gegen Genossen Werner Forster wurde aufgehoben. Er wurde verurteilt zu acht Monaten Gefängnis auf drei Jahre Bewährung. Ganz offen gab die Klassenjustiz hier zu, daß sie mit solchen harten Urteilen die Partei der Arbeiterklasse, die KPD/ML, niederringen und einschüchtern will. Unverhohlen erklärte der Staatsanwalt, daß die Bourgeoisie mit der Anerkennung der KPD/ML als Partei nur einen taktischen Rückzug angetreten hat, in Wirklichkeit aber weiter auf das Verbot der Partei hinarbeitet.

Das Parteienprivileg komme der KPD/ML nur deshalb zugute, weil ein Verbot zu diesem Zeitpunkt nicht günstig sei, plauderte er aus dem Nähkästchen, und: ' Die Innenminister sind sich darüber einig, daß die KPD/ML verfassungsfeindlich ist und daher verboten werden muß."

Acht Monate Gefängnis für das Verteilen eines antimilitaristischen Flugblattes – das ist nicht allein ein Angriff auf die Partei und alle antimilitaristischen Kämpfer. Es ist ein Zeichen für die Angst der Bourgeoisie vor dem revolutionären Kampf, vor allem vor dem konsequenten antimilitaristischen Kampf in der Bundeswehr. Die Solidarität der Arbeitskollegen, Bekannten und Verwandten des angeklagten Genossen Forster, die mit Protesterklärungen und durch Geldspenden seinen gerechten Kampf unterstützten, zeigt, daß das Volk auf der Seite dieser Kämpfer steht!

Duisburg: Vorwärts zum Roten 1.Mai !

Dieses Jahr ruft die Partei alle Arbeiter und Werktätigen in Duisburg zu einer kämpferischen und roten 1. Mai-Demonstration auf. Sie wird der Duisburger Arbeiterklasse, die sehr kampfstark ist, wie die Streiks im vergangenen Jahr gezeigt haben, am roten 1. Mai den revolutionären Ausweg aus kapitalistischer Unterdrückung und Ausbeutung, aus Lohnraub, Teuerung, Arbeitslosigkeit, Krise und Krieg weisen. Sie kämpft gegen den Regierungsmai der DGB-Bonzen und der D'K'P-Revisionisten und reißt diesen Feinden der Arbeiterklasse, diesen Agenten der Kapitalisten in unseren Reihen die Maske vom Gesicht.

Um den roten 1. Mai zu einem großen Erfolg werden zu lassen, haben wir am letzten Wochenende begonnen, in Arbeitervierteln Duisburgs breite Agitation und Propaganda für den roten 1. Mai zu entfalten. Vormittags an den Straßen, nachmittags in den Häusern. Dabei lernten wir die alten Arbeiterviertel, die zum Teil noch aus Kaisers Zeiten stammen, noch genauer kennen. An den grauschwarzen verrußten Hauswänden waren noch Parolen der alten KPD. Zum Beispiel: Bewaffnet Euch, war in riesigen Buchstaben noch an eine Hauswand geschrieben.

Fast alle Familien, bei denen wir vorbeikamen, kannten bereits den Roten Morgen, sie konnten auch die Verbindung zu den Betriebszeitungen "Der Rote Greifer" und "Röhrenkieker" herstellen. Oft wurde gesagt: "Ja, Sozialismus, den brauchen wir, aber nicht so wie in der DDR." Und: "Wie kommen wir dahin?"

Ein Genosse traf eine Frau an, die ihre Jugend in der DDR verbracht hatte. Als er ihr die Notwendigkeit des Sozialismus und des gewaltsamen Sturzes des westdeutschen Staates erklärte, stimmte sie begeistert zu und wollte gleich einen Roten Morgen und eine Broschüre "Es lebe der Kommunismus" kaufen. Als er ihr sagte, die DDR sei kein sozialistischer Staat, wurde sie still und meinte, aber da gab es gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Da wurden die großen Kapitalisten enteignet. Der Genosse merkte, daß sie die sozialistischen Errungenschaften der DDR verteidigte, als diese noch rot war und erklärte die Entartung der SED und die Wiedereinführung des Kapitalismus durch die revisionistischen Führer.

Die Frau beteiligte sich lebhaft an dem Gespräch und stimmte seinen Worten zu. Sie wollte zu unseren nächsten Veranstaltungen kommen.

Am 9. 4. fand eine Veranstaltung zum roten 1. Mai statt. Es waren zwei neue Kollegen gekommen, die wir bei der Hauspropaganda gewonnen hatten. Der eine Kollege war empört über die Abwiegelei der Lohnkämpfe durch den DGB. Er war auch der Meinung, daß die Gewerkschaftsführung auf Seiten des Kapitals steht. Nur verstand er nicht ganz, warum die Bonzen so heimtückisch hier Streiks unterstützen und da verhindern, hier linke Phrasen dreschen und da offenen Verrat begehen. Daß dies ihre Rolle und ihre Aufgabe in der Arbeiterklasse ist, daß sie dazu vom Kapital gebraucht werden, das erkannte er dann im Gespräch ganz klar.

Dieses Wochenende war ein großer Erfolg bei der Vorbereitung des roten 1. Mai. Haben wir neue Kontakte geknüpft, neue Sympathisanten gewonnen, an die 130 RMs und 43 Broschüren verkauft. Eine Trinkhalle will den Roten Morgen aushängen. Vorwärts zum Roten 1. Mai – Vorwärts mit der KPD/ML.

Sofortige Einbürgerung von Sascha Haschemi!

Am 30. April läuft die Aufenthaltserlaubnis des Genossen Sascha Haschemi erneut ab. Genosse Sascha, der wegen seiner Teilnahme am "Roten Antikriegstag 72" zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, soll aus Deutschland ausgewiesen werden. Denn Sascha, Sohn eines Persers und einer Deutschen, besitzt die iranische Staatsangehörigkeit. Obwohl er in Deutschland geboren und aufgewachsen ist und kein Wort persisch spricht, stempelt ihn die Bourgeoisie zum "Ausländer" und will ihn abschieben. Mit Hilfe der Henker des faschistischen Schah-Regimes wollen sich die westdeutschen Imperialisten eines Kommunisten entledigen. Sascha mußte wegen der drohenden Abschiebung untertauchen und wird jetzt polizeilich gesucht.

Täglich bringt der Kampf um Saschas Einbürgerung neue Erfolge. In allen Städten wurden Plakate geklebt und Parolen gemalt. Am Hauptbahnhof Dortmund etwa lesen täglich Tausende von Reisenden die Forderung: "Sofortige Einbürgerung von Sascha Haschemi!" 13.500 Menschen haben sich durch ihre Unterschrift solidarisch erklärt. Die Rote Hilfe Hamburg und die "Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten deutschen Frauen" in Frankfurt haben sich in Protesterklärungen dem Kampf um Saschas Einbürgerung angeschlossen.

Der Kampf geht weiter – bis unsere gerechte Forderung durchgesetzt ist! In der nächsten Nummer des ROTEN MORGEN werden wir erneut eine Liste der gesammelten Unterschriften veröffentlichen. Alle Genossen und Freunde, die sich an dieser Aktion beteiligt haben, werden aufgerufen, die Zahl der von ihnen gesammelten Unterschriften telefonisch dem ROTEN MORGEN bekanntzugeben. (Telefon: 0231 / 41 13 50).

Schluss mit der Unterstützung der türkischen Faschisten

Am 1. April traten rund 20 Arbeiter und Studenten in Frankfurt in einen Hungerstreik, zu dem die ATÖF (Studentenföderation der Türkei) aufgerufen hatte. Sie wandten sich mit ihren Forderungen gegen das faschistische Regime in der Türkei und die politische Unterdrückung der türkischen Patrioten in der deutschen Bundesrepublik. Auch während dieses Hungerstreiks bewiesen die westdeutschen Behörden, daß sie die Komplizen der türkischen Faschisten sind. Der ehemalige Vorsitzende der ATÖF, Necati, dessen Paß bereits im Jahr 1972 beschlagnahmt wurde, und der auf Grund der Verfügung der Ausländerbehörde seit dieser Zeit das Saarland, wo er wohnt, ohne Genehmigung der Polizei nicht mehr verlassen darf, erhielt keine Ausreisegenehmigung um nach Frankfurt zu fahren.

Aber die Bundesregierung unterstützt das faschistische Regime der Türkei nicht nur bei der Verfolgung der Antifaschisten und Patrioten sondern auch mit militärischer Hilfe. Ein Soldat schrieb uns dazu?

"In der letzten Woche besuchte eine Gruppe von etwa 30 türkischen Offizieren die Schill-Kaserne in Lüdjenburg. Voller Stolz wurde ihnen von einem Bundeswehr-Offizier das dortige Waffenarsenal gezeigt und deren technische Perfektion erklärt. Die türkischen Offiziere interessierten sich besonders für Kanonenjagdpanzer, für die Ausrüstung der Funk-Trupps und das Radargerät. Sie sollen hier in der Bundesrepublik an diesen Waffen ausgebildet werden, die dann in der türkischen Armee zum Einsatz kommen sollen, um die Macht der US-Imperialisten, anderer Imperialisten wie der westdeutschen Imperialisten und der ütrkischen Bourgeoisie gegen den heftigen Kampf des Volkes aufrechtzuerhalten."

NIEDER MIT DEM TÜRKISCHEN FASCHISMUS!
NIEDER MIT DER NATO!
SCHLUSS MIT DER VERFOLGUNG TÜRKISCHER PATRIOTEN!

'Teure Erinnerung'der Militaristen

Nach welchen Vorbildern die Bundeswehrsoldaten erzogen werden sollen, zeigt folgender Wortlaut, der in sämtlichen Kompaniegebäuden der Paul von Lettow-Vorbeck-Kaserne ausgehängten Gedenktafeln:

Paul von Lettow-Vorbeck
General der Infanterie
geboren am 20.3.1870 in Saarlouis, bei Ausbruch des 1. Weltkrieges Oberstleutnant und Kommandeur der Schutztruppe in Deutsch-Ostafrika.

Abgeschnitten von allen Verbindungen mit der Heimat behauptete er sich in geschickter Führung gegen einen ungeheuer überlegenen Feind bis zum Kriegsende 1918. Am 25. 11. 1918 stellte von Lettow-Vorbeck befehlsgemäß mit 150 deutschen Soldaten, 1200 schwarzen Askaris und 1200 eingeborenen Lastenträgern den Kampf ein. Gegen ihn hatten 48 000 britische, südafrikanische, indische und belgische Kämpfer unter General Smuts im Kampf gestanden. 1919 wurde er Divisionskommandeur in der Reichswehr und schlug im gleichen Jahr den Kommunistenaufstand in Hamburg nieder. 1920 schied er aus dem aktiven Dienst aus. Wegen seiner ruhmvollen Taten in Deutsch-Ostafrika und seiner ritterlichen Kampfesweise, die auch seine Feinde anerkannten, erhielt diese Kaserne den Namen

von Lettow-Vorbeck-Kaserne

"Eine Frechheit", "Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm", oder "Wie teuer ihnen doch die Erinnerungen an Kolonialisten und eingefleischte Kommunistenfeinde sind!" – das war die einhellige Meinung fast aller Kameraden, die den Text der Gedenktafel lasen.

...und ein Schuss Munition im Spind

Gegen den Genossen Lennart K., der sich auch als Panzergrenadier konsequent zum Kommunismus bekannte und für die Kommunistische Partei eintrat, ist ein Ermittlungsverfahren wegen Wehrkraftzersetzung eingeleitet worden. Ihm wird vorgeworfen, vor einer Kaserne in Wetzlar die Soldatenzeitung der KPD/ML "Soldatenfaust" verteilt zu haben.

Umfangreiche Maßnahmen der bürgerlichen Klassenjustiz zeigen, wie nervös die Bourgeoisie das Erscheinen der 'Soldatenfaust" macht angesichts des wachsenden Widerstandes in der Bundeswehr. So wurde, um überhaupt erst einmal Beweise gegen den Genossen Lennart zu erhalten, von der Staatsanwaltschaft angeordnet "die Durchsuchung der Wohnung und der militärischen Unterkunft des Beschuldigten, die Durchsuchung aller dem Beschuldigten gehörenden Sachen und die Durchsuchung der Person des Beschuldigten".

Kripo, MAD und Kompaniechef räumten seinen Spind aus und beschlagnahmten unverschämterweise ein altes Exemplar der "Soldatenfaust", mehrere Exemplare des Roten Morgen und der Peking Rundschau, ein Exemplar der "Geschichte der Partei der Arbeit Albaniens" sowie mehrere Lenin-Bände. Doch großer Wirbel wurde erst gemacht, als im Spind ein Schuß scharfer Munition gefunden wurde. Und sofort begann sie, zu kombinieren: "Im Ernstfall die Gewehre umdrehen – und einen Schuß Munition im Spind..."

Sind diese Herren wirklich so naiv zu glauben, daß so der bewaffnete Aufstand des Proletariats vor sich gehen wird? [illegible] nicht. Ihnen geht es darum, die kommunistische Agitation und Propaganda zu kriminalisieren und zu verbieten. Und darüber hinaus die Kameraden des Genossen Lennart einzuschüchtern: Noch am gleichen Nachmittag wurde der Spind eines anderen Soldaten durchsucht, der sich für den Roten Morgen interessierte – die Roten Morgen wurden beschlagnahmt.

Doch die Kameraden lassen sich nicht so leicht einschüchtern. Die fiebrige Reaktion der Bourgeoisie auf das Erscheinen der Soldatenfaust zeigt jedermann, daß sie es ist, die sich fürchtet.

Kantinenstreik in der Bundeswehr

(AUS: ROTE GARDE, JUGENDZEITUNG FÜR DIE HAMBURGER WERFTEN)

Es knistert schon lange in der Böhn-Kaserne in Hamburg. Nicht nur, daß unsere Kollegen beim Bund ganze 165 DM im Monat bekommen. Obendrein verlangt man ihnen auch noch Wucherpreise in den Kantinen ab.

In der Böhn-Kaserne platzte das Ganze jetzt durch den Umbau einer zweiten Kantine zu einer Unteroffizierskantine, wodurch die Kameraden in der Pause jetzt endlos Schlange stehen müssen.
Also: Kantinenstreik.

Von nun an wurden Getränke und Fressalien für den nächsten Tag mittags von draußen reingeholt. Dann wurden Streikposten aufgestellt, die vor der Kantine mit den Kollegen diskutierten. Das lief eine Woche lang gut. Über 75% weniger Umsatz hieß dies für den Kantinenwirt. Nach einer Woche wurde es ihm dann zu viel. Er drohte Streikposten vor dem Kantineneingang mit Strafen wegen "Geschäftsschädigung" und rief bei der Kompanie an. Doch die Kompaniechefs konnten nur auf das Verbot hinweisen, keine Getränke und Fressalien von draußen in die Kaserne mit reinzunehmen. Daran hielt sich natürlich keiner.

Der Kampf um niedrige Kantinenpreise und eine zweite Kantine geht weiter und wird Erfolg haben, wenn die Kollegen vom Bund geschlossen dem Kapital und dem Drill und der Unterdrückung in der Bundeswehr gegenüberstehen. Und solche "kleinen" Erfolge stärken die Kampfbereitschaft der Soldaten, für die es genauso wie für uns im Betrieb wichtig ist: nur eine geschlossene Kampffront bringt uns zum Sieg!

BESTELLSCHEIN

An den
Verlag G. Schubert
46 Dortmund-Hörde
Postfach 526

ROTER MORGEN

Hiermit bestelle ich:

A) Probenummer ◯ B) Abonnement ab Nr.......

Name, Vorname ....

Beruf ....

Postleitzahl/Ort ....

Straße...
(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum .... Unterschrift ....

Das Abonnement kostet für ein Jahr 25,– DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06 – 466 oder das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen.

PARTEIBÜROS:

BREMEN:
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70.
Öffnungszeiten: Sa 9 – 13.00 Uhr.

HAMBURG:
Stresemannstr. 110, Tel. 040 / 43 99 137.

HANNOVER:
Elisenstr. 20

Kiel:
Reeperbahn 13, Tel.: 0431/74762.
Öffnungszeiten: Mo – Fr 15.00 – 18.00 Uhr, Sa 9.00 – 13.00 Uhr.

MANNHEIM:
Lortzingstr. 5. Öffnungszeiten: Di: 16.00 – 18.30 Uhr; Do: 16.00 – 18.30 Uhr; Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

MÜNCHEN:
Buchladen ROTER MORGEN, 8 München 2, Thalkirchnerstr. 19. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr; Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

WESTBERLIN:
Buchladen ROTER MORGEN, 1 Berlin 65 (Wedding), Schererstr. 10. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr; Sa: 10.00 – 14.00 Uhr.

PARTEIVERANSTALTUNGEN

KIEL:
23.4.74: "Über die Lage der Arbeiterklasse in der deutschen Bundesrepublik", Kiel-Friedrichsort, Fördehochhaus, 19.30 Uhr.
26.4.74: "Deutschland dem deutschen Volk", Kiel-Gaarden, Kleines Eck, 19.00 Uhr.
1.5.74: Demonstration, 10.30 Uhr ab Vineta-Platz.

MÜNSTER:
24.4.74: "Vorwärts zum Roten 1. Mai", Gaststätte Freitag, Frauenstraße, 20.00 Uhr. Es wird der Film "Rote Raketen" gezeigt.

FRANKFURT:
26.4.74: "Kampf der politischen Unterdrückung", Frankfurt-Hoechst, Gaststätte "Zum alten Fritz", Königsteiner Str. , 20.00 Uhr.